Nr. 256. 37. Jahrg.

Morgen-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 25,50 Mk., monatl. 8,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 8,— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15,— Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 20,— M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 20. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Kapitalsanlage der Großagrarier.

Folgendes Schriftstück ist am 1. Mai vertraulich an die Großgrundbesitzer Pommerns versandt worden. Der ehrlichen Empörung eines Empfängers dankt es die Oeffentlichkeit, daß ihr sein Inhalt unterbreitet werden kann. Hier ist er:

Aufruf der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Wahlen für den Reichstag sind zum 6. Juni ausgeschrieben. Die Regierungsparteien werden mit allen Mitteln arbeiten, um sich in der Mehrheit zu halten. Von der Art, in welcher der Kampf gegen die rechtsstehenden Parteien geführt werden wird, gibt das Verhalten des Justizministers Blunck ein anschauliches Bild. Daß der geistige Kampf der Sozialdemokratie zum Teil recht körperliche Formen annehmen wird, ist bereits offen ausgesprochen worden. Aber vor allem werden alle die Dinge in Bewegung gesetzt werden, welche für Geld zu beschaffen sind; und diese werden den Ausschlag geben. Daß auch im politischen Kampfe Geld, Geld und nochmals Geld den Sieg verbürgt, das haben unsere Feinde längst begriffen, wir an der rechten Seite hatten es bisher noch nicht zur Genüge verstanden. Und wir, die Grundbesitzer, sind

den inneren Feinden

ein ganz besonderer Dorn im Auge. Auch aus der letzten, anscheinend ruhigen Rede des Reichsfinanzministers Wirth geht hervor, wie man versucht, die Schuld für alles, **von der Verschiebung des Getreides und des Leders bis zum Kapp-Putsch**, den verhaßten Grundbesitzern in die Schuhe zu schieben. Erreichen wir nicht einen wesentlichen Ruck der Parteien nach rechts im neuen Reichstage, so ist für die Landwirtschaft,

besonders den Großgrundbesitz,

nichts mehr zu hoffen. Aus diesem Grunde fordern wir unsere Berufs- und Standesgenossen auf, in der gegenwärtigen Notlage des Volkes, Vaterlandes und Berufsstandes es nicht bei schönen Worten zu belassen, sondern ernstlich einmal mit der Tat, mit der Hergabe von Gut (**Blut ist bisher noch nicht nötig**) vorzugehen. Wir wollen nicht nur die reine Einkommensteuer, wie kürzlich vorgeschlagen wurde, sondern die gesamte Jahreseinkommensteuer mit Zuschlägen, wie sie 1919 festgesetzt wurden, an die Kasse der Deutschnationalen Volkspartei opfern. Wir müssen endlich einmal bei den Wahlen arbeiten können, ohne daß wir ewig in Sorge sind, ob die Mittel auch reichen. Kleinliche Geldrücksichten müssen schwinden; jeder Pfennig, der für die Wahlen geopfert wird, ist

gut angelegtes Geld.

Wir bitten Sie, uns die beiliegende Erklärung innerhalb acht Tagen zurücksenden zu wollen. Sollten wir bis zum 15. d. M. (Mai 1920) weder eine zustimmende noch eine ablehnende Antwort erhalten, so nehmen wir an, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir zur Abhilfe des dringendsten Notstandes zunächst 1000 M. durch Postnachnahme von Ihnen erheben.

Köslin, den 1. Mai 1920.

gez. v. Gerlach-Parsow. gez. v. Heidebreck-Barzlin.
gez. Hildebrandt-Wusseken. gez. Horstmann-Rossow.
gez. v. Kameke-Parnow. gez. Sawatzky-Tessin.

Dem Schreiben ist folgende Anlage beigefügt:

Ich erkläre mich einverstanden, den Betrag meiner gesamten Jahreseinkommensteuer mit den Zuschlägen für 1920 als einmalige freiwillige Spende zum Wahlschatz

oder

zunächst die angeforderte Summe in Höhe von M. . . . . dem Deutschnationalen Kreisverein Köslin bis zum 15. d. M. auf sein Konto Kreissparkasse Nr. 52 einzuzahlen.

. . . . . ., den . . . Mai 1920.

(Das nicht Gewünschte bitten wir zu durchstreichen.)

Die Denkweise der Großgrundbesitzer, die in diesem Schreiben zum Ausdruck kommt, wundert keinen, der diese Herrschaften kennt. Die pommerschen Grundbesitzer weigern sich vielfach, den ihnen anvertrauten Grund und Boden zu bebauen, weil das nicht mehr rentiere, sie sind aber trotzdem in der Lage, ihr Geld in die deutschnationale Wahlmache zu stecken, um den beklagenswert törichten Großstädtern, Angestellten und Beamten, das Fell über die Ohren zu ziehen. In kühl geschäftlicher Spekulation legen sie ihre Profite in nationalistischen Phrasen an, um daraus neue Profite zu erzielen. Das wird sich solange rentieren, als es noch Leute in der Stadt gibt, die sich an den ideal klingenden Redensarten in rührender Naivität begeistern, ohne zu begreifen, daß hier ein nüchternes Geschäft auf ihre Kosten gemacht wird.

Die Frivolität, mit der alle Gegner des Großagrariertums nach alter Methode als „innere Feinde" betrachtet werden, die gewissenlose Art, wie mit dem Gedanken eines neuen Bürgerkriegs gespielt wird, müßte eigentlich jeden anständig denkenden Menschen davor zurückschrecken lassen, einen deutschnationalen oder deutschvolksparteilichen Stimmzettel — die beiden Parteien gleichen einander, wie ein Ei dem andern — in die Urne zu legen. Leider gibt es noch allzu viele Blinde, die nicht begreifen, welches Verbrechen sie damit an dem Volke begehen, zu dem sie selbst gehören und das sie aufrichtig lieben.

Die pommerschen Großgrundbesitzer sind klug. Sie wissen, daß in der „hellen" Großstadt die Dummheit noch immer eine gewaltige Macht ist.

Die 14 Punkte der „Freiheit".

In der Mittwoch-Morgenausgabe der „Freiheit" befindet sich eine Zusammenstellung, die eine Verhöhnung der Sozialdemokratie und ihrer Programmtreue bezweckt. Die Notiz ist überschrieben: „Was alles erreicht ist". Richtiger wäre allerdings die Ueberschrift: „Was alles den Arbeitern vorgelogen werden darf".

Knapp und schlagwortartig ist in vierzehn Punkten, die ebenso viele Geschichtsfälschungen und noch viel mehr demagogische Verdrehungen enthalten, so viel zusammengelogen worden, wie noch nie vorher auf einem so kleinen Raum und nie vorher in irgendeinem Wahlkampf. Und das will etwas heißen!

Der Präsident Wilson hat während des Krieges vierzehn Punkte zur Beglückung der Welt mit ewigem Frieden und ewiger Gerechtigkeit aufgestellt. Neben dem sachlichen besteht der Unterschied zwischen den vierzehn Punkten Wilsons und den vierzehn Punkten der „Freiheit" in der Hauptsache darin, daß die ersteren durch die Politik der übrigen Alliierten mit Gewalt zur Lüge gemacht worden sind, und daß die letzteren schon von Hause aus als Lüge und Demagogenkniff gedacht worden sind.

Man kann nicht annehmen, daß man in der Redaktion der „Freiheit" die Verfassung und die neuen Gesetze Deutschlands nicht kennt. Um so schlimmer für sie. Wir wollen hier die vierzehn Lügenpunkte folgen lassen und gleichzeitig ihnen die wahren Tatsachen gegenüberstellen.

Die „Freiheit" schreibt:

„1. Neuaufrichtung der kapitalistischen Produktion und deren Schutzheiligen, des Söldner-Militarismus."

Die kapitalistische Produktion beherrscht bekanntermaßen schon seit Jahrhunderten die Erde. Sie ist nie beseitigt gewesen und darum kann von ihrer Neuaufrichtung nicht gesprochen werden. Wohl aber müßte der Wahrheit entsprechend angegeben werden, daß wir durch die Sozialisierungs- und Siedelungsgesetze den Abbau der kapitalistischen Produktion auf industriellem und agrarischem Gebiete begonnen haben. Das Söldnermilitär ist keine Erfindung der Deutschen Republik oder gar der Sozialdemokratie, sondern die der siegreichen Entente.

„2. Befestigung des Privateigentums und der Ausbeutung des Proletariats."

Wie sieht die Wahrheit aus? Artikel 157 der Verfassung stellt die Arbeitskraft unter den besonderen Schutz des Reiches, und der Artikel 156 schafft grundsätzliche Bestimmungen für die Sozialisierung, die im Kohlen- und Kalibergbau und in der Elektrizitätsversorgung sowie im Siedlungsgesetz bereits in Angriff genommen ist. Im Artikel 165 sind die Grundlagen für die Mitbeteiligung der Arbeiter und Angestellten am Produktionsprozeß geschaffen, und durch das Betriebsrätegesetz ist der Arbeiterschaft die Waffe gebildet worden, die Ausbeutung des Proletariats zu verhindern. Die Steuergesetzgebung ist der stärkste Eingriff in das Privateigentum, den je ein Staat bisher unternommen hat.

„3. Beibehaltung der Todesstrafe (insbesondere gegen Revolutionäre)."

Die völlige Abschaffung der Todesstrafe hat zur Voraussetzung, daß auch von den Einzelmenschen das Leben des Nächsten respektiert wird. In München aber haben die unabhängigen Rätediktatoren selbst schuldlose, nur als Geiseln festgenommene Menschen, denen kein Verbrechen auch nur nachzuweisen versucht worden ist, zum Tode verurteilt und die Urteile durch Erschießen vollstreckt.

„4. Keine Wahl der Behörden durch das Volk, Ernennung der Beamten durch die gottgewollte Regierung."

Durch die Reichsverfassung ist die Staatsgewalt in die Hände des Volkes gelegt, das in voller politischer Gleichberechtigung das Parlament bildet und dadurch die Regierung. Die Regierung ist nicht die „gottgewollte", sondern die volksgewollte, und sie handelt in ihrer ganzen Verwaltungstätigkeit als Beauftragte des Volkswillens.

„5. Keine direkte Gesetzgebung durch das Volk."

Im Artikel 73 und 74 ist tatsächlich festgelegt, daß das Volk durch direkte Abstimmung die Vorlegung eines Gesetzentwurfes oder die Verwerfung eines Gesetzes erzwingen kann. Das nennt man direkte Gesetzgebung durch das Volk.

„6. Aufrechterhaltung der Zensur."

Im Artikel 118 der Reichsverfassung heißt es: „Eine Zensur findet nicht statt.

„7. Unterdrückung der freien Meinungsäußerung (Preßverbote, Belagerungszustand)."

Die freie Meinungsäußerung ist durch den Artikel 118 der Verfassung ausdrücklich verbürgt. Allerdings gibt die Verfassung die Handhabe, bei Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die gerade von der U. S. P. durch demagogische Aufpeitschung der Leidenschaften der Massen fast fortgesetzt provoziert wurde, gewisse Artikel der Verfassung

Russische Offensive gegen Polen.

Polnische Niederlage an der Düna.

Stockholm, 19. Mai. Ein Moskauer Funkspruch meldet aus Witebsk: Die Rote Armee hat bei Polozk die Düna überschritten. Die polnischen Banden ziehen sich zurück. Die Bevölkerung begrüßte die Rote Armee, die sie vom Joche der polnischen Magnaten befreit, freudig.

Die Polen melden von der Düna, daß die Roten fünf Millionen (!) zusammengezogen hätten und angreifen. Bei Kiew seien die Russen zurückgeschlagen worden.

Wie zu erwarten war, kommen aus der Ukraine bereits Meldungen über Greueltaten polnischen Militärs gegen ukrainische Volksteile.

Eine amerikanische Handelsdelegation nach Sowjetrußland wird in einem Moskauer Funkspruch angekündigt.

Die Delegierten aus Sowjetrußland in London besuchten am Montag das britische Ministerium des Aeußern und nahmen an einer Konferenz in dem Bureau des Obersten Rates teil. Sie versprachen, sich auf keinerlei Interviews einzulassen und keine politische Propaganda in irgendeiner Form zu treiben. „Daily Mail" erfährt, die britische Regierung habe denjenigen englischen Geschäftsleuten Interessenschutz zugesagt, die Verhandlungen mit den Russen einleiten wollen.

Amsterdam, 19. Mai. (WTB.) Wie „Algemeen Handelsblad" aus London meldet, hat die Konferenz der Hafenarbeitervereinigung in Plymouth beschlossen, weitere Ladungen von Munition zum Gebrauch gegen Sowjetrußland zu verbieten.

Asquith gegen Polen.

Amsterdam, 19. Mai. Laut „Nieuwe Rotterdamsche Courant" sagte Asquith in seiner gestrigen Rede u. a.: Es wäre nicht schwer gewesen, bei der Bildung der neuen kleinen Staaten feste Bedingungen aufzustellen, durch die große Rüstungen und militärische Abenteuer unmöglich gewesen wären. Nun erleben wir den Skandal des polnischen Krieges. Die polnischen Staatsmänner haben die Pflicht, ihr eigenes Volk zu möglichster Sparsamkeit zu ermahnen, denn die wirtschaftliche Lage Polens ist sehr ernst. Asquith klagte die englische Regierung an, daß sie die Tatsache der Unterstützung Polens durch England dem Parlament durch Winkelzüge, wie sie ihm in seiner Parlamentslaufbahn nicht oft vorgekommen seien, verborgen habe. Polen habe einen unverantwortlichen Angriff gemacht und die Grundsätze des Völkerbundes verletzt. Asquith verlangte den Abschluß eines wirklichen Friedens, Abrüstung, Zutritt der vormaligen Feinde zum Völkerbund und unverzügliche Feststellung der Last, die auf den Besiegten ruht.

Bessere Tage für Oberschlesien?

Franzosen durch Engländer und Italiener abgelöst?

Beuthen, 19. Mai. In italienischen Kreisen verlautet, daß die französischen Truppen in Oberschlesien durch Engländer und Italiener ersetzt werden sollen. Eine amtliche Bestätigung war nicht zu erlangen.

Zur Ehrenrettung der Senegalesen.

Strafverfahren gegen den „Populaire".

Paris, 19. Mai. Gegen den Geschäftsführer der sozialistischen Zeitung „Populaire", Maurice Maurin, ist ein Strafverfahren eingeleitet worden wegen eines am 13. April im „Populaire" erschienenen Artikels, der sich mit der Abberufung der schwarzen Truppen aus Frankfurt a. M. beschäftigte. Der Artikel nahm auch Bezug auf Enthüllungen des „Daily Herald", die E. D. Morel veröffentlicht hat.

zeitweilig bis zur Wiederherstellung der Ordnung außer Kraft zu setzen. Die Unabhängigen haben überall, wo sie zur Herrschaft kamen, den Belagerungszustand eingeführt.

„8. Abschaffung der Vereins- und Versammlungsfreiheit."

Nicht Abschaffung, sondern Einführung dieser Freiheit hätte die „Freiheit" schreiben müssen, wenn sie der in den Artikeln 123 und 124 der Verfassung niedergelegten tatsächlichen Wahrheit hätte folgen wollen.

„9. Keine Trennung von Staat und Kirche. Erklärung der Religion zur Staatsangelegenheit und Benutzung derselben zur Verdummung und Unterdrückung der Volksmassen."

Die Verfassung sagt in Artikel 137 ausdrücklich: „Es besteht keine Staatskirche". Das ist die Trennung von Staat und Kirche. Die Artikel 135 und 136 der Verfassung erklärten die Religion einwandfrei zur Privatangelegenheit. Die Verdummung der Volksmassen wird durch nichts intensiver betrieben als durch solche Artikel der „Freiheit", die wir hier richtigstellen müssen.

„10. Besoldung der christlichen Geistlichen durch den Staat."

Das ist insofern falsch, als das nicht eine Errungenschaft der Revolution ist, sondern ein Ueberbleibsel aus früheren Zeiten, das darum nicht hat beseitigt werden können, weil die unabhängige Sozialdemokratie sich grundsätzlich weigert, positiv mitzuarbeiten.

„11. Kampf gegen die Einführung der Einheitsschule. Die höhere Bildung steht nur den besitzenden Klassen zu. Schaffung der reinen Konfessionsschule."

Die Einheitsschule ist durch Artikel 144 der Verfassung grundsätzlich festgelegt. Die höhere Bildung wird im Artikel 146 gerade den besitzlosen Klassen möglich gemacht, indem angeordnet wird, öffentliche Mittel bereitzustellen und Erziehungsbeihilfen zu gewähren, damit arme Eltern ihre Kinder den mittleren und höheren Schulen zuführen können. Die reine Konfessionsschule als Zwang ist abgeschafft. Nur auf Antrag der Eltern selbst sind Konfessionsschulen getrennt nach ihrem Bekenntnis einzurichten.

„12. Keine Volkswehr. Schaffung eines Söldnerheeres, dessen Offiziere nur aus konservativen, möglichst adligen Familien, zu nehmen sind, rasches Avancement für Massenmörder."

Der Friedensvertrag verbietet uns die Einrichtung einer Volkswehr und zwingt uns, wie die Unabhängigen sehr wohl wissen, ein Söldnerheer auf. Was an Offizieren aus „konservativen, möglichst adligen Familien" seit dem Kapp-Putsch entlassen worden ist, verschweigt die „Freiheit" ihren Lesern. Daß die Regierung für rasches Avancement von Massenmördern ist, ist eine elende Verleumdung, die ihren Urheber kennzeichnet.

„13. Möglichste Erhöhung und Ausdehnung aller indirekten Steuern, Spezialsteuern auf Arbeitereinkommen."

Die „Freiheit" muß wissen, daß es Spezialsteuern auf Arbeitereinkommen nicht gibt, daß im Gegenteil es nur Spezialsteuern auf Besitz in Deutschland gibt, und daß ihre Bemerkung über die indirekten Steuern nichts anderes als eine demagogische Lüge ist.

„14. Ablehnung der Sozialisierung."

Das ist die Kardinallüge, denn die Sozialisierung ist nicht abgelehnt worden, sondern, wie bereits in diesem Artikel nachgewiesen, tatsächlich in Angriff genommen worden.

Die vierzehn Punkte der „Freiheit" lassen allzu deutlich die demagogische Absicht erkennen, als daß nicht jeder halbwegs denkende Mensch darüber verstimmt werden müßte. Mit ihren vierzehn Punkten gibt die „Freiheit" vor aller Oeffentlichkeit bekannt, wie tief sie das geistige Niveau ihrer Leser und Anhänger einschätzt. Darin liegt eine Mißachtung und Beleidigung der Arbeiterschaft, wie sie in ähnlicher Form kaum jemals aus den übelsten kapitalistischen Kreisen bekannt geworden ist.

Alarm!

Die Reorganisation des Reichswehrministeriums.

Das Reichswehrministerium soll reorganisiert werden. Jetzt müßte dieses Amt endlich aufhören, einen Staat im Staate zu bilden und endlich eine Institution werden, auf die sich die demokratische Republik verlassen kann. Dazu ist vor allem notwendig, daß das Ministerium fest in die Hand des verantwortlichen Ministers kommt.

Die Herren Offiziere haben nun die „Gefahr", die aus einer derartigen Neuordnung der Dinge für sie erwachsen würde, sofort richtig erkannt und versucht, ihr dadurch vorzubeugen, daß sie einen eigenen Wiederaufbau entworfen haben. Hinter diesem Plan steht General v. Seeckt. Die Militärs wollen nämlich aus dem Reichswehrministerium zwei Abteilungen unterstehen, sonst aber vollständig in der Hand von Offizieren wären, unter Ausschluß jeder zivilen Einflußnahme.

Die eine Abteilung soll unter der Leitung des Chefs der Heeresleitung stehen und aus drei Unterabteilungen bestehen (Personalamt, Versorgeamt, Truppenamt). Für den Posten eines Chefs der Heeresleitung soll General v. Seeckt in Vorschlag gebracht werden, der bereits mit der Wahrnehmung dieser Geschäfte betraut ist. Die Offiziere, aus denen sich seine Abteilung rekrutiert, sind größtenteils dem ehemaligen Großen Generalstab entnommen, jene des Personalamts haben zumeist bereits dem einstigen Militärkabinett Wilhelms II. angehört! Letztere würden im Zusammenwirken mit dem Truppenamt die Zusammensetzung der Truppenteile und die Verteilung der Offizierstellen ganz in ihrer Hand behalten können.

An sich wäre es natürlich kaum zu umgehen, daß der Posten eines Chefs der Heeresleitung einem Offizier anvertraut wird. Wogegen aber entschieden protestiert werden muß, ist, daß die andere rein verwaltungstechnische Abteilung ebenfalls den Herren Militärs überlassen wird. Zu diesem Zwecke sieht der Seecktsche Plan die Schaffung eines „Generalquartiermeisters" vor, dem fünf Unterabteilungen unterstehen sollen, nämlich das Etatamt, das Waffenamt, das Ausrüstungsamt, das Verwaltungsamt und das Sanitätsamt. Diese Generalquartiermeisterabteilung würde dem einstigen Kriegsministerium entsprechen und größtenteils aus dessen Offizieren gebildet werden. Als „Generalquartiermeister" ist der Oberst Feldmann bzw. der Oberst Wurzbacher vorgesehen.

Durch die Schaffung der Stelle eines „Generalquartiermeisters" soll auch das rein verwaltungstechnische Gebiet in den Händen der Militärs bleiben und die Schaffung eines besonderen Etatamtes als Unterabteilung soll auch das für das Offizierkorps äußerst wichtige Ressort der Kasse den Zivilstellen entzogen werden.

Davor kann nicht rechtzeitig und eindringlich genug gewarnt werden.

Es muß gefordert werden, daß, wie ein von anderen Stellen ausgearbeiteter Reorganisationsplan es vorsieht, keine „Generalquartiermeisterabteilung" neu geschaffen wird, die kostspielig und gefährlich wäre, sondern daß die ganze Verwaltung einem Chef der Heeresverwaltung unterstellt wird, der aus dem zivilen Beamtenstab ernannt werden muß, und der dadurch dem Chef der Heeresleitung gleichgeordnet und nur dem Minister direkt unterstellt wird.

Nur so wird man den Gefahren eines neuen Militärputsches entgehen, die latent bleiben würden, falls der Seecktsche Plan durchginge, der den Einfluß der Militaristen auf den gesamten Reichswehrapparat unvermindert aufrecht erhält.

•

Nachträglich erfahren wir, daß man inzwischen sich dahin geeinigt hat, daß der Posten eines Generalquartiermeisters in eine Unterstaatssekretärstelle umgewandelt wird, die jedoch ein Offizier bekleiden soll. Dadurch würde der parlamentarische Unterstaatssekretär im Reichswehrministerium, Genosse Stock, vollständig an die Wand gedrückt werden.

Massenkundgebung der Angestellten der Metallindustrie.

Mittwoch versammelten sich auf Einladung der Afa die Angestellten der Metallindustrie in der Neuen Welt. Der große Saal war so überfüllt, daß im Garten eine große Parallelversammlung veranstaltet werden mußte. Flatau referierte. Er wies besonders darauf hin, daß auch der zweite Gegenentwurf der Unternehmer in seinen Hauptteilen so abgefaßt ist, als wären Verhandlungen überhaupt noch nicht vorangegangen. Nach wie vor verweigern die Unternehmer das Mitbestimmungsrecht, verlängern die Arbeitszeit und bleiben bei der Vielteilung der an sich viel zu gering bemessenen Lohnsumme. In der Diskussion ermahnte Rusch vom Metallarbeiterverband die Angestellten, festzubleiben. Die Tarifziele der Arbeiter wären dieselben wie die der Angestellten, nur gemeinsam könnte erreicht werden, was die Arbeitnehmerschaft der Metallindustrie wolle. Seine Ausführungen wurden mehrfach von stärkstem Beifall unterbrochen. Die äußerst eindrucksvoll verlaufene Versammlung, die den Unternehmern ein wahres Bild von der Stimmung der Angestellten gegeben hatte, schloß mit der einstimmig widerspruchslosen Annahme folgender Entschließung:

„Die am 19. Mai in der Neuen Welt versammelten Angestellten der Berliner Metallindustrie lehnen den Unternehmerentwurf auch in der letzten Form mit Entschiedenheit ab, insbesondere den § 13, der eine Verweigerung des Mitbestimmungsrechts bedeutet, ferner die Verlängerung der Arbeitszeit, die unterschiedliche Bezahlung der männlichen und weiblichen Angestellten, wie auch die Vielteilung des viel zu gering bemessenen Monatseinkommens, welches nach wie vor in einer einzelnen Summe gefordert wird. Als Selbstverständlichkeit gilt ihnen auch die Rückwirkung des neuen Tarifvertrags ab 1. Mai 1920. Die Angestellten der Berliner Metallindustrie billigen den bisher eingenommenen Standpunkt der Tarifkommission und beauftragen sie, alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den Abschluß des Tarifvertrags in einer Weise herbeizuführen, die ihren Wünschen entspricht."

Der Hamburger Kampf.

Alle Werften sperren aus!

Hamburg, 19. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts".) **Die Arbeiteraussperrung auf den Werften ist vollständig. Geheimrat Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium ist hier eingetroffen, um Verhandlungen mit den Werftangestellten und -besitzern einzuleiten. Vorläufig ist von einem Ergebnis noch nichts bekannt.**

Die Unabhängigen wollten die Sache für ihre Parteizwecke ausschlachten und hatten zu einer großen Demonstration unter freiem Himmel aufgerufen. Es ist aber nichts daraus geworden. Eine Versammlung, die statt dessen abgehalten wurde, störten die Kommunisten und sie ging ergebnislos auseinander.

Für die Gefangenen in Sibirien.

Fritjof Nansen, der, wie bekannt ist, vom Völkerbund als Vertreter in der Angelegenheit der Kriegsgefangenenfragen nach Deutschland entsandt ist, hat, nachdem er in Swinemünde den aus Sibirien ankommenden Transport deutscher Kriegsgefangener begrüßt hat, am Dienstag die Vertreter sämtlicher an der Kriegsgefangenenfrage noch interessierten Länder im Hotel Esplanade empfangen. Die deutschen, russischen und österreichischen Vertreter haben ihm dort ihre Wünsche vorgetragen, die er dem Völkerbund übermitteln wird. Nansen begibt sich zu weiteren Verhandlungen nach Rom.

Zur Frauenagitation. An die geistigen Arbeiterinnen, an die Künstlerinnen und Gelehrten, an die Schriftstellerinnen und Musikerinnen, an die Lehrerinnen, Beamtinnen und an die Hausfrauen und Mütter wenden sich Flugblätter, die der Parteivorstand zur Wahlagitation herausgegeben hat. Diese Flugblätter und sonstiges Wahlmaterial können die Parteiorganisationen durch ihr zuständiges Bezirkssekretariat beziehen.

Die Götterprüfung.

Kurt Eisners weltpolitische Posse.

Als Ferdinand Lassalle Ende der fünfziger Jahre sein Sickingen-Drama in die von Einigungsgedanken aufwallende politische Welt Deutschlands entsandte, schrieb er an Freiligrath nach London, er halte sich beileibe nicht für einen Dichter, werde auch kein Drama wieder schreiben, aber dies sei sein Drama, das er habe schreiben müssen. An dies Wort der Bescheidenheit, das doch zugleich Lassalles Vollbewußtsein von der ehernen Notwendigkeit seines Handelns birgt, mag erinnert sein bei dem dramatischen Werk, das aus Kurt Eisners Nachlaß ans Licht gekommen und seit kurzem durch den Verlag Paul Cassirer als Buch zugänglich geworden ist.

Hat Eisner je gemeint, daß der Beruf zum Dramatiker in ihm wohne? Darauf deutet nichts. Und doch ist es ihm ergangen wie vierzig und sechzig Jahr vorher Lassalle. Politische, weltbistorische Gedanken drängten in ihm nach einem in großer Linie zusammenfassenden Ausdruck. Streitgedanken, geboren aus dem Willen, in den Gegenwartskampf leidenschaftlich hineinzurufen! Ein innerster Zwang wirkte. Der wirkte immer und pulsierend erkennbar in aller politischen Arbeit Eisners. Hier aber gesellte äußerer Zwang sich hinzu. Gefängnishaft, der von unmittelbar den Feind treffender Tat absperrte, ließ dem Geiste nur die Möglichkeit, in einer Phantasiewelt fortzusetzen, was in der politischen Wirklichkeit nur mit anderen Waffen und Schlägen Auge in Auge und Zahn um Zahn zu leisten war. Gegen Gewalt, die den Körper band, sprang der Spott auf und schickte den ahnungslosen Gegner in Spießruten. Der Geist trotzte an, in Selbsterhaltungsdrang und Freiheitslust, in lachendem, auflohendem Weitergang auf der Bahn, die dem Leibe das Kerkerjoch aufhalste. Abrechnen wollte er, und so zwang sich idealistischem Zukunftsschauen, das im Willen zu freient, edlem Menschwerden alles nichtig betrügerische Hemmen grell empfand, die streitbar satirische Form der Posse auf. Auch Kurt Eisner hätte von sich sagen können, dies dramatische Werk habe er schreiben müssen.

Er nennt sein Gedicht eine weltpolitische Posse. Im Berliner Strafgefängnis am Plötzensee wurde sie 1898 begonnen. Betzende Antwort auf neun Monate Kerker wegen Majestätsbeleidigung. Im Münchener Untersuchungsgefängnis Neudeck wurde sie 1918 vollendet. Aus sturmbewegtem Erleben der Bereitschaft zum letzten Opfer, als ein Fortbeben der Januarbewegung gegen den Krieg, gestaltet dem Werke sich Höhe und Ausgang. Zwanzig Jahre zwischen Anfang und Ende der Dichtung. Der Zeitraum, in dem das Verhängnis eines verrannten politischen Systems zur Katastrophe ausreift. Anfang der deutschen Weltpolitik und weltpolitischer Zusammenbruch. Vielleicht war Eisners Gedicht im ersten Plan nicht eben mehr als eine Art Gottesgnadentumsposse. Dann aber wuchs mit der geschichtlichen Wirklichkeit der dramatische Ernst des Revolutionskampfes über das Possenspiel hinweg und gab dem Werk die Handlung und Form, die es nun zeigt. Also eine Dichtung, aus eigenstem Erleben gewonnen, und entkeimt dem Drama unserer Gegenwart, in das wir alle schicksalstief verstrickt sind. Inmitten aber glüht, als ihr Herz, was Kurt Eisner war und sein wollte, und diesen Herzschlag wird jeder empfinden, in welchem Lager des Kampfs um Befreiung er immer fechten mag.

Trug beherrscht die Menschen, Wahn wirft sie willenlos nieder vor seiner hohlen Macht, die besten Kräfte und Wünsche des Lebens der Vergewaltigung opfernd. Satirisch symbolisiert entrollen Trug und Wahn ihr Spiel. Ein Königsposenspiel, in Märchenfarben gehüllt, auf eine Insel im Weltmeer verlegt. Solange der Prinz Agab vor den Weisen des Landes die von alter Schrift befohlene Prüfung nicht bestanden hat, wird er nicht König von Farun sein, und bis das geschehen, gilt alles Liebesleben im Lande als strafwürdiges Verbrechen. Die Faruner hängen im Banne dieses alten Gebots, glauben stark an ihre Tigergötter und harren in schwerem Dulden auf das Reifen Agabs, der eine sehr ansehnliche Null ist. Nur einer, der Jüngling Guldar, fühlt den Trug und lehnt sich auf, und Warana, des Oberweisen Tochter, schließt sich ihm liebend an. Doch sein kühner Schritt führt auf die Bahn der Märtyrer. Als die sogenannte Prüfung den Prinzen schließlich zum König Agab dem Nullten erhoben hat, dem unter dem künstlichen Glanz der Krone die Hohlheit sofort in tiradischem Größenwahn aufleuchtet, wird nach kurzer Liebesfreiheit Krieg vom Zaune gebrochen und Guldar, der Inbegriff der Freiheit, hat im Kerker zu schmachten, der Willkür preisgegeben zum Ergötzen. Bis die Stunde, wo diese Macht als Kriegssieger triumphiert, zur Befreierin der Freiheit wird und der Willkür ein lächerliches Ende bereitet. Guldar ist Sieger und nun will die befreite jubelnde Masse ihm, den sie einst verachtete, verhöhnte, steinigte, zum König krönen. Doch Guldar steht über allen Herrscherwünschen. Die Worte, die er abweisend zum Volke spricht, öffnen dem austönenden Drama den Weg in Zukunftsgedanken. Noch sind die Menschen nicht so, daß Guldar sie achten kann:

Ich liebe sehnsuchtsvoll, was jenseits ruht
Von dieser Zeit und fern von diesen Menschen.
Ich achte, was Ihr werdet; und dem Werden
Bin ich bereit zu helfen, Euch zu raten,
Wenn Ihr zu Taten, Großes fühlend, drängt.

In dieser Schlußrede Guldars — sie ist das Seelenbild Eisners — ist der gedankliche Sinn der Gestalten und Bewegungen des Dramas noch einmal zusammengefaßt und neuvertiefend, weiterführend ausgedeutet. Das Höchste menschlichen Werdens ist Guldars Ziel. „Glied der Menschheit wird nur das Volk, wo jeder König, jeder bewußter Führer ist, und nach des Geistes still reifendem Gesetz der Freiheit Kraft das Schicksal fügt." Daß jeder wirklich lebe, ist das Ziel.

Die Götter prüfen, also wird verkündigt,
Uns Menschen. Diese Götterprüfung ward
Zur Prüfung für sie selbst, und sie bestanden
Die Prüfung nicht; denn sie bestanden selber
In nichts, wie in dem blöden Menschenwitz.
Doch Götter sind in unsern Seelen. . .

So ruft der Dichter die Kraft des Einzelnen an, sich seelisch zu gewinnen, sich ethisch zu formen. Zum Gelächter ist geworden, „das Werden durch eines Menschen Willen zu entscheiden". Das war der Sinn des Possenspiels von der Götterprüfung. Und nun sollte es als Gleichnis in die unmittelbarste Gegenwart hineinwirken, die damals noch in den Fängen des Krieges blutete:

Und haltet heut ihr die verbot'ne Liebe
Für eines Possenreißers lust'gen Einfall,
Und lacht des Märchens, das Euch einst geängstigt, — —
Die Weltenposse der Zerstörung grinst
Aus gleichem und aus größ'rem Narrentum.

Auf die weltgeschichtliche Beziehung der Dichtung weist eine Note Eisners hin, die geschrieben ist für den Darsteller Agabs, dieser durch die magische Wirkung der Krone größenwahnsinnig sich blähenden Beschränktheit. Eisner nennt diese karikierte Figur eine „humoristische Gestalt im hohen Sinne des Humors als des wahren Gelächters über die Welttragik". Besonders wertvoll aber klärt über die ideellen Antriebe seiner Dichtung die Bemerkung auf, die dem ganzen vorangeschickt ist: „Eine fest in sich gefügte Welt, die sich durchaus in allem, auch im Läppischen, ernst nimmt und ernst dargestellt ist, wirkt, über sich selbst hinaus gesehen, als Posse und Frazze. Eine Tragödie im Bewußtsein und in der Form der Agierenden wird in der weltgeschichtlichen Geltung Komödie. So geht diese Welt in Trümmer, weil die Zukunft über sie lacht, während sie selbst weint." In Trauer, Lachen und Verklärung sollen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in der Dichtung symphonisch sich zusammenfinden.

Kann Eisners Werk aufgeführt werden? Daß die ersten Akte die Bejahung dieser Frage erschweren, ist nicht zu bestreiten. Rhetorisch-lyrische Belastung hält hier die Handlung sehr in schleppender Bewegung fest. Doch ist das unüberwindlich? Das dürfte sich verneinen lassen. Mindestens läßt die gedehnte Breite ohne Schaden für die Handlung sich wesentlich abmildern. Eine Dichterhand, ein Dichterherz ans Werk! Und um die Wirkung alles Weiteren braucht man nicht zu bangen. Die Szenen sind bewegt, wechselreich, voll fortschreitender Handlung, lebensvoll in ihrem Ineinander von karikierender Groteske und heilig glühendem Ernst, klarverständlich in den Hauptlinien ihrer symbolischen Bedeutung. Man sollte meinen, es bliebe nur die Frage: wann wird dieses Werk die Aufführung erleben?

Lassalle hat sich viel gemüht, sein Sickingendrama auf die Bühne zu bringen, damit es seinen politischen Zweck erfülle. Es ist ihm nie gelungen, und dann ist die Zeit über das Werk hinweggewachsen, ohne je sein Buchdasein zu erweitern. Das lag zum Teil an politischen Ursachen: Hofbühnen witterten den revolutionären Innengeist des Werkes und der Mut bürgerlicher Bühnen machte nicht einmal Miene, etwas zu riskieren. Jetzt aber haben wir größte Freiheit der Bühnen, so daß der Aufführung von Eisners Werk politische Hemmungen nicht mehr im Wege sein können. Und es gibt Bühnen, die geradezu eine moralische Verpflichtung haben, hier eine Aufgabe für sich zu erkennen. Der politische Sinn der „Götterprüfung" ist idealster Volkskulturgeist, und so kann nicht zweifelhaft sein, wer zuerst und mit Feuer das Recht der Aufführung an sich reißen müßte.

frd.

Die städtischen Volkssinfonie-Konzerte des Philharmonischen Orchesters finden statt: 2. Juni (Germania-Prachtsäle), 4. Juni (Patzenhofer, früher Berliner Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3), 8. Juni (Brauerei Happoldt), 15. Juni (Brauerei Königstadt). Eintrittskarten zu 1 M. im „Vorwärts", Lindenstr. 2.

Wirtschaft

Die Zwangswirtschaft bleibt. Die vom Reichsrat angenommene Reichsgetreideordnung für 1920 hält an der Zwangswirtschaft fest und führt sie auch für den Hafer wieder ein.

Zur Kartoffelwirtschaft hat der Reichsrat beschlossen, daß auf Grund der Verhandlungen, die im Laufe des Winters zwischen dem Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft und dem Deutschen Städtetag geführt worden sind, das bisherige System derart geändert werden soll, daß die **Genossenschaften** und die Organisationen des Kartoffelhandels mit den Landwirten Verträge über Lieferung von Kartoffeln abschließen sollen. Für den Fall, daß diese Verträge bis zum 1. August 1920 über zusammen 120 Millionen Zentner lauten, **sieht** die Verordnung von einer weiteren öffentlichen Bewirtschaftung **ab** und überläßt den verbleibenden Rest der Ernte den **Erzeugern** zur beliebigen Verwendung, auch zur Fütterung. Um den Abschluß von Verträgen zu erleichtern, setzt die Verordnung eine Verpflichtung der Erzeuger nach Maßgabe der Größe ihrer Betriebsfläche fest. Als Anreiz für den Abschluß von Verträgen soll ein Preis von 5 M. zugeschlagen werden für den Preis, der nach der Verordnung vom 30. März 1920 zu zahlen wäre.

Teuerungszuschlag der Sortimentsbuchhandlung. Nach eingehender Prüfung aller einschlägigen Verhältnisse und längerer Verhandlung mit den Vorstandsmitgliedern des Buchhändler-Börsenvereins und Vertretern des Sortimentsbuchhandels aus verschiedenen Teilen des Reiches hat, wie den V. P. N. mitgeteilt wird, das Reichswirtschaftsministerium den Buchhändlern mitgeteilt, daß angesichts der ungeklärten Geschäftslage seitens des Reichswirtschaftsministeriums Einwendungen gegen einen Teuerungszuschlag von 80 Proz. bis auf weiteres nicht erhoben werden. Gleichzeitig wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß, sofern sich die Verhältnisse etwas geklärt haben, eine erneute Nachprüfung der Angelegenheit stattfinden wird und gegebenenfalls dann eine Herabsetzung des Teuerungszuschlages erfolgen müsse.

Groß-Berlin

Die Romanfortsetzung muß wegen des starken Andrangs an politischem Stoff heute leider ausfallen.

Eine Folge des 13. Januar.

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hat die Reichsregierung auf Grund des § 2 des Gesetzes über die Befriedung der Gebäude des Reichstags und der Landtage vom 8. Mai 1920 (Reichs-Gesetzbl. S. 909) bestimmt, daß der befriedete Bannkreis des Reichstagsgebäudes folgende Straßenzüge Berlins umfaßt:

Die Friedrichstraße von der Hedemannstraße bis zur Karlstraße, die Karlstraße bis zur Spree, das Friedrich-Karl-Ufer und das sich daran anschließende Spreeufer bis zur Paulstraße, die Lutherbrücke, den Spreeweg, den Großen Stern, die Hofjäger-Allee, die Friedrich-Wilhelm-Straße, den Lützow-Platz, das Schöneberger Ufer, anschließend das Tempelhofer Ufer bis zur Großbeerenstraße, die Großbeerenstraße vom Tempelhofer Ufer bis zur Königgrätzer Straße, die Königgrätzer Straße von der Großbeerenstraße bis zur Hedemannstraße, die Hedemannstraße.

Die benannten Straßenzüge gehören zu dem befriedeten Raum und fallen daher unter diese Verordnung.

Die Groß-Berliner Kreiswahlkommissare.

Nachdem der Minister des Innern den Oberbürgermeister Bermuth zum leitenden Wahlkommissar und den Stadtrat Loehning zu seinem Stellvertreter für die einheitliche Durchführung der ersten Groß-Berliner Stadtverordnetenversammlung ernannt hat, sind jetzt vom Oberpräsidenten für die 15 Wahlkreise zu Kreiswahlkommissaren und Stellvertretern bestellt worden: Für die Wahlkreise I bis VI (Berlin) Stadtrat Loehning und Magistratsrat Dr. Preraner; Wahlkreis VII (Charlottenburg) Direktor Dr. Badtke und Magistratsrat Dr. Landsberger; Wahlkreis VIII (Spandau) Stadtschulrat Kramm und Direktor Dr. Zander; Wahlkreis IX (Wilmersdorf usw.) Kämmerer Rohde und Magistratsrat Dr. Franke; Wahlkreis X (Steglitz usw.), Beigeordneter Jochem und Gemeindeschöffe Gädke; Wahlkreis XI (Schöneberg, Friedenau) Magistratsassessoren Mund und Althaus; Wahlkreis XII (Neukölln usw.) Stadtrat Mier und Stadtrat Dr. Foelsche; Wahlkreis XIII (Köpenick usw.) Erster Bürgermeister Lehnke und Zweiter Bürgermeister Prümers; Wahlkreis XIV (Lichtenberg usw.) Oberbürgermeister Ziethen und Stadtsyndikus Cassebaum; Wahlkreis XV (Pankow usw.) Beigeordneter Dr. Ellger und Gemeindeschöffe Kubig. — Diese Kreiswahlkommissare teilen die Wahlkreise im Benehmen mit den Gemeindevorständen in Stimmbezirke ein. Sie haben spätestens am 30. Mai zur Einreichung von Kreis- und Bezirksverordnetenwahlvorschlägen öffentlich aufzufordern; die Vorschläge sind bei ihnen bis zum 6. Juni einzureichen.

Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Aerzten.

Bei den Verhandlungen, die am Mittwoch zwischen dem Verband der Krankenkassen Groß-Berlins und den Zentralen Berliner Aerzteorganisationen stattfanden, wünschten die Kassenvertreter bestimmte Honorarforderungen der Aerzte zu hören, um sie zusammen mit dem Entwurf der Grundzüge für die künftige Organisation der freien Arztwahl ihren Auftraggebern vorlegen zu können.

Von ärztlicher Seite wurde betont, daß bei der Neuregelung der ärztlichen Bezahlung die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kassen zugrundegelegt und deshalb zunächst die infolge der Heraufsetzung der Grundlöhne jetzt eintretende Erhöhung der Kasseneinnahmen klargestellt werden müsse; als Grundlage der Berechnung des kassenärztlichen Honorars wurde ein bestimmter Anteil an den Einnahmen oder den Grundlöhnen vorgeschlagen. Der Kassenverband wird von seinen Kassen die nötigen Unterlagen für die Berechnung der erforderlichen Quote beschaffen.

Die nächste gemeinsame Verhandlung soll nach Pfingsten stattfinden.

Das „will nichts besagen"!

Wozu haben wir in Berlin ein Wohnungsamt? Soll es nicht zur Besserung des Wohnungswesens beitragen und die Rechte der Mieter gegenüber den Hauswirten wahren? Zu dieser Auffassung von dem Zweck der Wohnungsfürsorge paßt schlecht ein uns mitgeteilter Bescheid, den in Berlin-Nord ein Mieter auf seine Anregung, ein Haus einmal von unten bis oben zu inspizieren, von der Wohnungsinspektion VI erhalten hat. Ihm wird erwidert, er solle die Wohnungen nennen, in denen Schäden sind, und dann heißt es weiter:

„Der Umstand, daß sechs Jahre in einer Wohnung eine Renovierung nicht vorgenommen worden ist, will nichts besagen. Wir weisen Sie darauf hin, daß bei den heutigen Zeiten nur das dringend Notwendige gemacht werden kann, und machen Sie darauf aufmerksam, Ihren Vertrag durchzulesen, ob Sie sich zur Uebernahme von Reparaturen nicht bereit erklärt haben, da sonst jede Verhandlung mit dem Hauswirt illusorisch ist."

Den Reparaturstreik der Hauswirte zu beschönigen, scheint uns allerdings nicht die Aufgabe einer Wohnungsinspektion zu sein. Der Bescheid steht aber auch nicht im Einklang mit der Höchstmietenanordnung, § 8 Abs. 2. Danach gilt wieder § 536 B. G.-B., der den Wirt verpflichtet, für Instandhaltung seines Hauses zu sorgen. Entgegenstehende Vereinbarungen sind unwirksam. Oder ist die Wohnungsinspektion VI der Meinung, daß auch die Höchstmietenanordnung „nichts besagen will"?

Die Abwicklungsstellen.

Der Betriebsrat des 4. Garde-Regiments zu Fuß versendet an die Presse eine längere Zuschrift, in der er sich gegen die den Abwicklungsstellen gemachten Vorwürfe und die Bestrebungen, diese Stellen voreilig aufzulösen, wehrt. Wir entnehmen dem Schreiben folgendes:

„Ein Achtel des gesamten deutschen Volkes war an dem Kriege aktiv beteiligt, nicht gerechnet diejenigen, die mit den aktiv Beteiligten durch familiäre oder verwandtschaftliche Verbindungen liiert waren. Es hat niemand ein Recht, diejenigen Stellen, die die Angelegenheiten einer so hart betroffenen Masse bearbeiteten, als überflüssig zu bezeichnen. Auch die absolute Mittellosigkeit des Staates rechtfertigt nicht, mit dieser Tatsache gegen die Notwendigkeit der Abwicklungsstellen zu argumentieren. Eine passive Resistenz in den Abwicklungsstellen besteht nicht, Leiter wie Angestellte tun ihre Pflicht. Es muß festgestellt werden, daß zwischen verantwortlicher Leitung und den Angestellten kein Zweifel besteht, daß die Sache im Interesse des Staates und des Volkes mit aller Energie zu einem baldigen Abschluß gebracht wird. Was von den Angestellten seit den Tagen der Revolution verlangt und geleistet worden ist, ist für normale Begriffe unerhört. Gerade das Pflichtgefühl, das in den Artikeln angezweifelt wird, war die Triebkraft und die Veranlassung, auf dem Posten auszuhalten."

Möbel für minderbemittelte Kriegsteilnehmer. Der Magistrat, Abteilung Linderung der Möbelnot, macht bekannt, daß seine Möbelstelle nach dem Stadthause Klosterstraße, 3 Treppen, Zimmer 238 und 241 verlegt worden ist. Alle Möbel sind nicht mehr vorhanden, dagegen können noch neue Möbel an minderbemittelte Kriegsteilnehmer, welche ihren Wohnsitz in Berlin und einen eigenen Hausstand haben bzw. gründen wollen, abgegeben werden. Kauflustige wollen sich unter Vorlegung der standesamtlichen Heiratsurkunden, des Mietsvertrages, einer Bescheinigung des Bezirksvorstehers über die Notwendigkeit zur Beschaffung der Möbel, sowie der Militärpapiere in dem obengenannten Bureau, Zimmer 241, melden. Die Besichtigung und Auswahl der Möbel kann dann auf Grund der im Bureau ausgefertigten Bescheinigung ebendaselbst erfolgen. Der Kaufpreis beträgt für eine Zimmereinrichtung 1900 M. und für eine Kücheneinrichtung 750 M.

Der Kaufpreis kann in einer Summe gezahlt werden oder, nachdem ein Drittel als Anzahlung geleistet worden ist, der Rest in 2—3 Jahren in monatlichen Raten getilgt werden. Bei den immer noch überaus hohen Möbelpreisen kann daher diese segensreiche Einrichtung des Magistrats allen Interessenten nur aufs wärmste zur Beachtung empfohlen werden.

Schonende Vorbereitung. Die Obstzüchter von Glieben, Kaputh und Umgegend hielten eine große Versammlung ab, in der sie ihre Empörung zum Ausdruck brachten, daß dem Publikum durch Zeitungsnotizen gute Obsternteaussichten verheißen würden. Die Obstzüchter dringen darauf, daß dem Publikum im Gegenteil bekannt gegeben wird, daß nur geringe Ernteaussichten (? Die Red.) vorhanden seien, die man auch bei der Preisbildung berücksichtigen müsse. — Na, selbstverständlich!

2000 M. Belohnung hat die Kriminalpolizei für die Ergreifung der beiden unbekannten Helfer beim Mordanschlag auf den Gastwirt Kasse ausgesetzt.

Die städtischen Flußbadeanstalten Hinter der Mühlenstr. 50 für männliche und weibliche Personen, und an der Fruchtstraße für männliche Personen werden heute eröffnet. Das Nähere über die Benutzungszeiten, über die Preise der Bäder und den Schwimmunterricht ergeben bei allen Anstalten aushängende Tarife. — Kinder unter 10 Jahren werden nur in Begleitung Erwachsener zugelassen.

Die ersten zehn städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters unter Leitung von Richard Hagel finden am Montag, den 31. Mai 1920 in der Brauerei Happoldt, Hasenheide 32—38, am Mittwoch, den 2. Juni, Freitag, den 4. Juni, Montag, den 7. Juni, Mittwoch, den 9. Juni, Freitag, den 11. Juni, Dienstag, den 15. Juni, Mittwoch, den 16. Juni, Freitag, den 18. Juni und Dienstag, den 22. Juni 1920 (und zwar sämtlich) in der Philharmonie, Bernburger Str. 22/23, statt. Beginn der Konzerte 8 Uhr. — Der Vorverkauf findet statt in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, Augsburger Str. 61, in der Berliner Gewerkschaftskommission, Engelufer 15, im Zigarrengeschäft von Horsch und in den betreffenden Konzertstellen. Die im Vorverkauf nicht untergebrachten Karten werden abends an der Kasse verkauft. Der Eintrittspreis beträgt 1 M. Kassenöffnung 7 Uhr. Die Programme werden rechtzeitig veröffentlicht werden.

Lichtenberg. Vorläufige Urlaubsregelung für die städtischen Arbeiter. Bis zur Regelung der Urlaubsfrage durch den zur Entscheidung angerufenen gemeindlichen Zentralausschuß wird laut Magistratsbeschluß die Gewährung von Urlaub für die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen vorläufig nach folgenden Grundsätzen erfolgen. Die Arbeitnehmer erhalten unter Vorausbezahlung des Lohnes einen Urlaub, welcher mindestens beträgt: nach 1 Dienstjahr 6 Werktage, nach 2 10, nach 5 12, nach 10 18, nach 15 Dienstjahren 21 Werktage. Die in die Woche fallenden Feiertage werden nicht als Urlaubstage angesehen. Die Ausübung irgendwelcher gewerblichen Arbeit in der Urlaubszeit ist verboten. Verstöße gegen diese Bestimmung haben Entziehung des Urlaubslohnes, im Wiederholungsfalle Entlassung zur Folge.

Friedrichshagen. Die Gemeindevertretung beendete in ihrer Sitzung vom 17. Mai die Etatsberatung. Der Etat rechnet in Einnahmen und Ausgaben mit der Gesamtsumme von 6 707 550 M., während der Etat für 1919 nur insgesamt 2 799 620 M. umfaßte. In dem Mehr von über 3 900 000 M. kommt namentlich die Verteuerung aller Materialien und Arbeitskräfte zum Ausdruck. Die Beratung der einzelnen Abteilungen und Positionen ging im allgemeinen glatt vonstatten. Die Dienstaufwandsentschädigung für die sechs Schöffen, die mit 38 400 M. in Rechnung gestellt ist, führte zu einer Debatte über die endgültige Regelung der Vertretung des ausgeschiedenen Bürgermeisters. Söhring (bürgerlich) schlägt vor, dem stellvertretenden Gemeindevorsteher Ranz die Arbeiten des Gemeindevorstehers und dem Schöffen Kunzke die des Amtsvorstehers zu übertragen. Genosse Mieke hält namens der sozialdemokratischen Fraktion an der Anstellung eines kommissarischen Vertreters des Bürgermeisters fest. Die Personenfrage sei indessen noch nicht geklärt. Deshalb sei er damit einverstanden, daß Herr Ranz die von Söhring beantragte Zulage von 800 M. monatlich so lange erhalte, als er das Amt eines stellvertretenden Amts- und Gemeindevorstehers ausübe, und zwar ab 1. März. Vertreter Wiedemann (U. S. P.) ist ebenfalls für die Besetzung des Postens mit einem kommissarischen Gemeindevorsteher, der mit nach Berlin zu übernehmen wäre. Bei der Abstimmung blieb dann die Frage der endgültigen Vertretung des Amts- und Gemeindevorstehers offen, da ja die in dieser Frage den gleichen Standpunkt vertretenden beiden sozialistischen Parteien die Mehrheit haben. Dagegen wurde dem Schöffen Ranz eine monatliche Zulage von 800 M. bewilligt. Beim Punkt „Straßen" rügte Genosse Mieke, daß an der bisherigen Kaiserstraße die Anbringung des Straßenschildes Bruno-Wille-Straße nach den Beschlüssen der Gemeindevertretung immer noch nicht erfolgt ist. Schöffe Ranz teilt mit, daß verschiedene Anlieger der bisherigen Kaiserstraße gegen die Umtaufung Einspruch erhoben haben. Als stellvertretender Amts- und Gemeindevorsteher hat er sofort das Bauamt angewiesen, Schilder mit der Aufschrift Bruno-Wille-Straße anzubringen. Beim Etat der Volksschule wird von allen Seiten ein Antrag unterstützt, die Schulkinder zu speisen, die nicht an der Quäkerspeisung teilnehmen. Der Antrag wurde der Schuldeputation überwiesen. Nach Erledigung des Etats wurden die durch Schiedsspruch festgelegten Ergänzungsbestimmungen zu dem bereits genehmigten neuen Lohntarif der Gemeindearbeiter angenommen. Ebenso wurde der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin anerkannt, der den Tarifvertrag der Angestellten (Bureauhilfskräfte) betrifft.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Als heute auf ½-Liter-Krankenkarte bis auf weiteres ¾ Liter Vollmilch. Die übrige Belieferung bleibt unverändert.

Steglitz. Auf 21 o der Kartoffelkarte 300 Gramm Weizenmehl. — Für über 60—70 und über 70 Jahre alte Personen vom 20. bis 22. je 500 Gramm Haferflocken und 250 Gramm Maisgrieß (6 K). Für Jugendliche 200 Gramm Maisgrieß (51 J). Für Kinder im ersten Lebensjahr 500 Gramm Haferflocken, 250 Gramm Weizengrieß (26 K), im zweiten Lebensjahr 250 Gramm Haferflocken, 250 Gramm Keks (26 K), im dritten Lebensjahr 500 Gramm Weizengrieß, 3 Päckchen Milchsäuspelse (29 K). Für werdende Mütter 1000 Gramm Weizengrieß, 500 Gramm Keks (34).

Pankow. 250 Gramm Kunsthonig (20).

Wittenau. 250 Gramm Erbsen (22).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 20. Mai:

2.—8. Abt. 7 Uhr bei Keußner, Hagelsberger Str. 20a, Kassierer vom Bildungsausschuß. Abrechnung Maifeier.

14. Abt. 7 Uhr Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause, Saal 10. Tagesordnung: „Die Stadtverordnetenwahlen und Besprechung über die Kandidatenfrage." Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

25. Abt. 8 Uhr, Zahlabend bei Eichler, Gollnowstr. 13. Stellungnahme zu den Stadtverordnetenwahlen.

27. Abt. 7 Uhr, Sitzung der Funktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Dobrolat, Swinemünder Straße 11.

28. Abt. 7½ Uhr Schönhauser Allee 166a, Oberklasse packerei. Thema: „Die kommenden Wahlen."

29. Abt. 7½ Uhr bei B. Burg, Prenzlauer Allee 189. Wichtige Besprechung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute.

Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.). Ortsgruppe Neukölln: 7½ Uhr, Jugendheim Nogatstr. 53. Heiterer Abend. — Ortsgruppe Norden. 7½ Uhr, bei Dobrolat, Swinemünder Straße 11. Vortrag: „Die Einheitsschule". — Ortsgruppe Süden: 7½ Uhr, Saal der Juristischen Sprechstunde, „Vorwärts"-Gebäude. Pastor Franke über „Tolstois Lebensgang". — Gäste willkommen.

Charlottenburg. 7 Uhr öffentliche Volksversammlung im Volkshause, Rosinenstr. 4. Genosse Reichstagskandidat Karl Bermuth spricht über das Thema: „Der Feind steht rechts".

Schöneberg. 8 Uhr in folgenden Lokalen außerordentlicher Zahlabend: 1. Abt. bei Rüde, Rollendorfstr. 16; 3. Abt. bei Wittkowski, Martin-Luther-Str. 78; 4. Abt. bei Obst, Martin-Luther-Str. 60; 6. Abt. bei Händel, Vorbergstr. 11; 6. Abt. bei Mussall, Feurigstr. 22; 7. Abt. bei Rosenau, Hohenfriedbergstr. 13; 8. Abt. bei Groß, Sedanstr. 17; 8. Abt. bei Ende, Sachsendamm 40; 8. Abt. bei Elzholz, Sedanstr. 48; 9. Abt. bei Lähn, Rubensstr. 49; 9. Abt. bei Gurlich, Rubensstraße, Ecke Begasstraße; 9. Abt. bei Zimmermann, Ecke Wilhelm-Hauff-Straße; 5. Abt. ladet besonders ein; 2. Abt. am Freitagabend bei Rähke, Barbarossastraße, Ecke Kyffhäuserstraße. Die Tagesordnung lautet: Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen im neuen Groß-Berlin. Vorschläge für die Kandidaten. Reichstagswahl. Referenten sind die Genossen und Genossinnen unserer Stadtverordnetenfraktion.

Lichterfelde. 7½ Uhr, Aula Schillergymnasium Berliner Straße (nicht Drakestraße). Paul Löbe, M. d. R.: Demokratie gegen Demagogie.

Schmargendorf. 7½ Uhr im Goethe-Lyzeum, Spandauer Straße: Oeffentliche Wählerversammlung. Ref.: Finanzminister Gen. Lüdemann. Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Bedeutung für die Republik".

Tempelhof. 7½ Uhr: Oeffentliche Versammlung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Franz Krüger über: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen".

Britz. 7 Uhr, bei Raddatz, Chausseestraße 39, öffentliche Wählerversammlung. Referenten Karl Bermuth und Johanna Reitze.

Grünau. Große öffentliche Versammlung, 8 Uhr, bei Buchholz, Friedrichstraße. Es sprechen Genossin Juchacz und Gen. Gronefeld.

Ahrensfelde-Friedhof. 7½ Uhr: Versammlung aller Reichs- und Staatsbeamten und Arbeiter. Genosse Matuschek spricht über: „Die kommenden Reichstagswahlen".

Blankenburg. 7½ Uhr, Zahlabend bei Ecke. Referent: Genosse Benisch. Thema: „Die Wahlen".

Morgen, 21. Mai:

Achtung! Funktionäre von Berlin-Mitte!

6½ Uhr Sitzung in der Aula der Gemeindeschule, Gipsstraße 23a. Referent Genosse Ritter über: „Groß-Berlin". Aufstellung der Kandidaten-Vorschlagsliste. Folgende Abteilungen müssen vertreten sein: 1. Abt., 2. Abt. Stadtbezirk 11—20, 23 und 24. 13. Abt. Stadtbezirk 131—134. 14. Abt. Stadtbezirk 129, 130 und 135—144. 15. Abt. Stadtbezirk 145—148 und 152. 25. Abt. Stadtbezirk 182, 196—198 und 200, 201. 26. Abt. 202—209, 226. 27. Abt., 34. Abt. Stadtbezirk 258 und 267. 36. Abt., 37. Abt. Stadtbezirk 273 und 275. 38. Abt. Stadtbezirk 279—282.

21.—32. Abt. (Wahlbezirk „Prenzlauer Tor"). Abteilungsleitungen und Bezirksführer 7 Uhr Konferenz Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 11/12.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer. 4 Uhr Sitzung im Stadthaus, Klosterstraße, Zimmer 245.

Niederschönhausen. Flugblattverbreitung. Die Funktionäre treffen sich abends 7 Uhr bei Schliebener.

Bernau. Große öffentliche Volksversammlung 7½ Uhr im Elysium. Tagesordnung: Die Bedeutung der Reichstagswahl für die Frau. Referentin Mitglied der N.-V. Genossin Juchacz-Berlin.

Sport.

Arb.-Radf.-Bund „Solidarität". II. Abt. Pfingstfahrten: Langstreckenfahrer 3½ Tage nach Beelitz, Coswig, Wörlitz; Tourenfahrer 2½ Tage nach Beelitz und Lehnin. Starts für beide Fahrten, Sonnabend, nachm. 5 Uhr, Fontanepromenade 18.

2 329 250 M. betrug der Totalisatorumsatz am ersten Trabrenntag in Ruhleben. — Im Prüfungs-Preis, 3500 Meter, 35 000 M., dem Hauptereignis des heutigen Grunewaldrenntages, gelten als voraussichtliche Starter Erders Glorie 68½ (Bismarck), Exzelsior 68½ (Wurst), Wellenbrecher 68½ (Lewicki), Rheinpreußen 68½ (Hr. Glaser), Freilauf 68½ (Plüschke), Rosenkönig 68½ (Dyhr), Spreewald 62 (Nash), Digitalis 62 (Teichmann) und Narwal 62 (X).

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Im Süden vielfach heiter, aber veränderlich. In den Tagesstunden mäßig warm. Im Norden zunächst überwiegend bewölkt und besonders an der Küste an vielen Orten leichte Regenfälle, später langsame Aufklärung.

Gerichtszeitung.

Die Beweisaufnahme im Prozeß des Rektors Bock schreitet nur langsam vorwärts. Mittwoch wurde zunächst die Vorladung noch einiger neuen Zeugen beschlossen. Die Schwierigkeit besteht darin, daß ein Teil der Zeugen und Zeuginnen bei der Länge der Zeit sich auf die zehn Jahre zurückliegenden Vorgänge nicht mehr im einzelnen besinnen können. Eine Zeugin B., die ebenso wie ihre Schwester mit anderen ehemaligen Schulmädchen in der Bockschen Sache von Herrn Toussaint vernommen worden ist, bestätigte die schon erwähnte Ansprache, die Toussaint an die Mädchen gehalten hat. Er habe dabei gesagt: „Ich weiß es genau, Sie alle haben teil an den Verfehlungen des Rektors Bock. Sie alle haben mit ihm gesündigt, keine einzige ausgenommen!" Sie selbst habe mit Rektor Bock nie etwas zu tun gehabt. Diese Zeugin erklärte ebenso wie ihre Schwester, daß sie immer die größte Hochachtung vor Bock gehabt habe. Dasselbe bekundete die Mutter dieser beiden Zeuginnen. Es kam hierüber zu langen Auseinandersetzungen, da die Zeuginnen dabei blieben, daß sie durch die ganze Art der Vernehmung durch Herrn Toussaint sehr eingeschüchtert worden seien; tief empört seien sie über die Androhung einer ärztlichen Untersuchung gewesen. Der Nebenkläger Toussaint trat allen Vorhaltungen der Rechtsanwälte Bahn und Kallenbach gegenüber und wies immer wieder die Behauptungen, daß er unzulässig auf die Zeuginnen eingewirkt habe, zurück. Rechtsanwalt Bahn richtet an Herrn Toussaint in dessen Eigenschaft als Zeuge die direkte Frage, ob er beeidigen wolle, daß er den Mädchen die ärztliche Untersuchung in Aussicht gestellt nur in der guten Absicht der Rechtfertigung der Mädchen selbst. Nebenkläger Toussaint erklärte auf das bestimmteste, daß er die ärztliche Untersuchung durchaus nicht als Uebel angedroht habe, sondern sie nur im Interesse der Mädchen selbst in Aussicht gestellt habe. Der Nebenkläger betonte weiteren Vorhaltungen der Verteidigung gegenüber, daß er nur seine Pflicht getan habe und immer tue. Das Gericht beschloß die Zeugenvorladung des Chefs der Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe und, auf Ersuchen des Nebenklägers, auch des Kriminalkommissars Dr. Kopp.

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden. Rechtsanwalt Kallenbach: Verschiedene Zeugen fühlten sich dadurch beeinträchtigt, daß der Vorsitzende ihnen oft ins Wort gefallen sei, und sie hätten die Empfindung, daß Herrn Toussaint mehr Recht zugebilligt werde als ihnen. Die Zeugen erklärten, daß sie sich auch dadurch beeinträchtigt fühlten, daß ihnen vorgehalten worden sei, sie sagten nicht die Wahrheit, während Herrn Toussaint solche Vorhaltungen nicht gemacht würden. Der Vorsitzende wies dies entschieden zurück und erklärte, daß er sich über die Art seiner Zeugenvernehmungen keine Vorschriften machen lasse. Uebrigens mache er den Angeklagten darauf aufmerksam, daß auch der § 164 St.G.B. — wissentlich falsche Anschuldigung — gegen ihn in Anwendung kommen könnte. Es folgte sodann die Verlesung der Aussage der wegen Krankheit kommissarisch vernommenen Zeugin Hedwig Schn., die verschiedene Male teils zugunsten des Rektors Bock ausgesagt und ihn für einen Ehrenmann erklärt, dann ihn wieder belastet hat. In der kommissarischen Vernehmung hat sie wieder eine für Bock ungünstige Aussage gemacht und dies nunmehr als endgültige Wahrheit hingestellt. Bock erklärte, daß die Aussage einer Person, die siebenmal ihre Bekundungen gewechselt habe, doch ganz wertlos sein müsse. Rechtsanwalt Bahn beantragte nun die Aussetzung der Verhandlung, da hier plötzlich ein ganz neuer rechtlicher Gesichtspunkt gegen den Angeklagten geltend gemacht werde und nach § 264 Str.Pr.O. unter solchen Umständen dem Angeklagten Gelegenheit gegeben werden müsse, sich auf eine solche neue Anschuldigung vorzubereiten. Kriminalkommissar Dr. Kopp, der eine Zeitlang, als Herr Toussaint beurlaubt war, die Vernehmungen in der Sache Bock bearbeitete, bekundet, er habe auch festgestellt, daß Bock sich in wiederholten Fällen sittliche Verfehlungen habe zuschulden kommen lassen, und zwar längere Zeit und in großem Umfange. Er selbst könne versichern, daß er niemand durch Drohungen zu beeinflussen versucht habe. Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt werden.

Aus aller Welt.

Todesurteile. Das Volksgericht Memmingen in Bayern verurteilte den Kaufmann Wilhelm Scharnagel, der seine Frau, seine Schwägerin und das Dienstmädchen mit Beilhieben ermordet hatte, zum Tode. — Wegen Ermordung des Gastwirts Hüttenrauch in Holzweißig, der am 8. November als verkohlte Leiche auf einer Kohlenhalde in Bitterfeld aufgefunden wurde, hat das Schwurgericht Halle die Gattin Hüttenrauchs sowie die 19jährigen Arbeiter Hedler und Rheinländer zum Tode, den 17jährigen Sohn Otto Hüttenrauch zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Frau hatte Hedler und Rheinländer für 200 M. gedungen, ihren Mann zu ermorden. Die Mörder hatten ihr Opfer auf ein Kohlenbergwerk gelockt, ihn dort erschossen und die Leiche in die glühende Kohlenschlacke geworfen.

Ein politischer Mord in Indien. Wie man der „Evening News" aus Kalkutta telegraphiert, wurde Oberst Tufnell, der kürzlich nach Kalkutta gekommen war, um einen wichtigen Posten zu übernehmen, von einem Eingeborenen auf der Fahrt von Kalkutta nach Lucknow ermordet. Der Täter entwich.

Polnische Schulfeindlichkeit. In Stollarzowitz bei Tarnowitz drangen eine Anzahl fanatische Großpolen, wie die „Kattowitzer Zeitung" mitteilt, in die dortige Schule ein, zerstörten in den Klassenzimmern Bänke sowie Unterrichtsmittel und warfen sie zum Fenster hinaus. Der Garten des Hauptlehrers Beier wurde gänzlich verwüstet. Es mußte die Sicherheitspolizei aus Tarnowitz zum Schutze herbeigerufen werden.

Eine Goldader in Jerusalem? Die Londoner „Central-News" melden: Im Verlaufe von Ausgrabungen bei Jerusalem sind Arbeiter auf eine Goldmine gestoßen. Fachleute sind an Ort und Stelle abgegangen, um die Sache zu untersuchen.

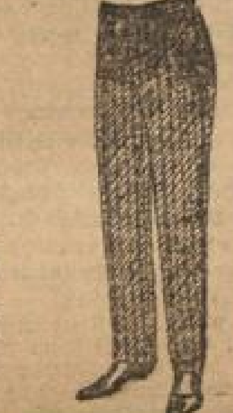
Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 1. Hof parterre links, vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

F. S. 100. R. Sch., Karlshorst, Auguste-Viktoria-Str. 29. **G. B.**, Verkehrsministerium, Linkstr. 44. Privatadresse nicht bekannt. — **W. G.** 1. Reinigen mit verdünntem Salmiakspiritus, sodann die Farbe mit einem Lacküberzug auffrischen. 2. Mit Strohin waschen und dann lackieren, da Stroh von Natur stumpf. Genaues über beide Fragen in Waldheims Chemisch-Technischem Rezeptbuch. — **A. C.** Es gibt zwei Arten der Herstellung; für Weichseife (Kaliseife) kochen mit Kalilauge; Hartseife (Natronseife) mit Seifenstein. Man kocht die zu verwendenden Fettreste 1 bis 1½ Stunden. Die Sache ist aber keineswegs so einfach, denn die zu verwendenden Mengen müssen im richtigen Verhältnis zu einander stehen. — **G. G. 1000.** Das kann nur ein Arzt beurteilen; wir kennen den Apparat nicht. — **P. S. 100.** Nur der Vater. — **O. K. 38.** Nein. — **B. 1920.** Ja, wenn der Betreffende sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. — **E. M. 31.** Für die Kapitalabfindung kommt nur die Kriegszulage und die Verstümmelungszulage bezw. die Tropenzulage in Höhe der Kriegszulage in Betracht. Das 18fache der genannten Bezüge. — **W. L.** Wenden Sie sich sofort an das Mieteinigungsamt. Es ist sehr zweifelhaft, ob die Mieterschutzverordnungen in Ihrem Falle Anwendung finden.

Soeben erschien:
Kataja: Der Terror der Bourgeoisie in Finnland.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie die Buchhandlungen der K.P.D., Neukölln, Warthestraße 69; Berlin, Annenstr. 1, und A. Seehof & Co., Berlin N 24, Auguststr. 60.
Verlag Bef, Amsterdam.
Auslieferung in Deutschland für Buchhandlungen und Organisationen: 646K
A. Seehof & Co., Verlag,
BERLIN N. 24, Auguststraße 60.

Billige Hosen.



Hose für Werktag		42.—	70.—
Hose kräftige Ware, schönes Muster			112.50
Hose eleganter Streifen, für Cutaway		195.—	230.—
Cutaway und Weste marengo Cheviot, la Ausführung			590.—
Jackett-Anzüge neueste Formen, moderne Stoffe		675.—	980.—
Gummi-Mäntel gute Qualitäten	490.—	690.—	750.—
Sommer-Paletots marengo Cheviot, la Zutaten			580.—

Keine Filialen mehr
Baer Sohn
Nur eine Verkaufsstelle
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Echten Bohnenkaffee
enthält der gesetzlich geschützte 59/16
Kakran-Kafferwürfel
Ein Würfel ergibt 3—6 Tassen feinsten Bohnenkaffee.
Erhältlich in sämtlichen Verkaufsstellen der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgeg.

Zur Kräftigung nach Krankheiten
sowie bei Nervosität u. Blutarmut gebrauche man nur die neuartigen Regipan-Tabletten. Erfolg wird garantiert. Aerztlich glänzend begutachtet. In allen Apotheken sowie in Drogerien erhältlich

Brillanten
Perlen, Platin-, Gold-Bruch kauft zu gewissenhaften Preisen
„Veritas", Jägerstraße Nr. 10

Spezial-Behandlung
v. Haut-, Harn-, Unterleibsleiden, nervöser Schwäche. Größte Heilerfolge! Besonders f. Kranke, welche anderwärts nicht ausgeheilt worden sind. Blutuntersuchung. Höhensonne-Bestrahlg. Aerztl. gel. Heilanstalt Dir. HERMANNS Elsasserstr. 42 I. Ecke Friedrichstr. Spr.: 10—12, 4—7. Sig. geschl.

Pianos Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- u. Stilart. Kunstspielapparate. Notenrollen. Gebrauchte Instrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16.

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Haut-, Harn-, Frauenleiden
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1. Kostenl. Berat. Beq. Zahlung.

Spezialarzt
Dr. med. Koeben
für Haut-, Harn-, Frauenleid., Schwäch., Beinkrank. Behandlg. schnell, sicher u. schmerzl. ohne Berufsstörung. Blutuntersuch. Fäden i. Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüb. Rathaus.
Spr. 10-1, 4-½7, Sonnt. 10-1. Teilzahl. Separ. Damenzim.

Schnellaufbohrer
Werkzeugbohrer (neue)
Schmirgelleinen
kauft zu allerhöchsten Tagespreisen
Henschel, Moabit, Rostocker Str. 22

Meine großen Möbel-Läger
mit Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Leder- u. Gobelin-Garnituren, Plüschsofas, Trumeaus, Schränken, Vertikos, kompletten Kücheneinrichtungen usw. stehen zur gefälligen zwanglosen Besichtigung in der Brunnenstraße Nr. 7, Nr. 8 u. Nr. 156 nahe Rosenthaler Platz bei
Möbel-Lechner, Haupteingang Brunnenstraße 7
Geöffnet von 8—6

Achtung! Ausschneiden! 59/11
Zahle für **alte Gebisse** über die höchsten Tagespreise, Zahn bis 400 Mark
gewöhnl. Zahn nicht unt. 9 M., Knopfzahn 3,75 M. Platin kauft Reban, Kottbuser Ufer 63 (an der Admiralbrücke). 9—12, 2—7 Uhr. Bei Ankauf Fahrgeld. Sonnabends geschlossen.

Was jeder deutsche Reichstagswähler lesen muß!
„Das deutschnationale Gewissen".
Sensationelle Enthüllungen.
Preis pro Heft 1,80 M. einschließlich Versandkosten.
Verlag: Deutsche Aufklärung, Berlin W 15.
Bestellungen durch Postscheckkonto Nr. 82383, Berlin NW 7.
Buchhandlungen erhalten Rabatt, Remissionsrecht.
In Berlin erfolgt Verkauf auch im Straßenhandel.

Messing,
Kupfer, Zinn, Zink, Blei, Platin, Gold- und Silberbruch sow. sämtl. Alt- und Edelmetalle kauft höchstzahlend Metall-Einkaufszentrale, Kottbuser Damm 66 (Hermannplatz). Mpl. 18580.

12 000 Straußfedern
zu verkaufen, ca. ½ Meter lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M., 5 M.; ca. ¾ Meter lang 5 M., 10 M., 15 M., 25 M. Muster gegen Nachnahme.
Hesse, Dresden, Scheffelstraße.

!!! Geld !!!
Für jede Wertsache höchste Ankaufspreise für Pfandscheine, Brillanten, Goldgegenstände, Teppiche, Bücher usw. Wolff, Friedrichstr. 41 III, Ecke Kochstr.

Metalle
Kupfer, Rotguß, Blei, Messing, Zink, Zinn, Lagermetall usw. kauft zu unüberbietb. Tagespr. Zuckermann, Elsasser Str. 9, vorm 11. Norden 4661. 126/5

Krause Pianos
Großes Lager in allen Holzarten.
Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Offene Füße
auch veraltete schmerzhafte Wunden, Entzündungen mit unerträglichem Jucken heilt ohne Nachteil laut vielen Erfolgsberichten die milde u. wohltuende „Erfinda-Salbe". 10.50 M. Nur gleichzeitigen [illegible] Salbarin - Blutreinigungspulver. Schacht. 4.—, 3 Sch. 11.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 4.

Genossen, eilen Sie, bevor die Preise noch tiefer sinken!
Kaufen täglich:
Platin-Bruch,
Kontakte, Holzbrennstifte, ärztliche Brennstifte usw., Gold- und Silberbruch.
Alte Gebisse
auch einzelne Zähne bis 20, 25, 75 M.
Bestes Absatzgebiet für Händler und Zahnärzte.
Metalleinkauf West
Berger & Knauf,
Pariser Str. 49
an der Uhlandstraße.
Kein Laden.
Fernruf: Uhland 1160.
Fahrgeld wird bei Ankauf vergütet.
Fahrverbindungen: 62, 66, 67, 77, 78, 90, 162, F, O, A, J, L, O, Hochbahn Hohenzollern-Platz.

Metallbetten
Stahldrahtmatratzen, Kinderbetten. Polster an jedermann. Katalog fr. Eisenmöbelfabrik, Suhl in Thür. 53/15

Kupfer kg netto 8,00 M.
Rotguß „ „ 6,00 „
Messing „ „ 4,80 „
kauft zu festen Preisen
Tasche, Demminer Str. 36, Langenbeckstr. 4, E. Elbinger, Warschauer Str. 79 (Hof links) Belle-Alliance-Str. 93, und Wilmersdorf, Bernhardstr. 15a.

Laden mit Nebenraum in Geschäftsgegend zu mieten gesucht. Offerten unter W. 53 Hauptexpedition „Vorwärts".

Erfinder
bedienen sich zur Anmeldung und Verkauf ihrer Erfindungen, Ihrem einen Patentfachmannes. Rat und Auskunft kostenlos! Erfolg: u. a. Verkauf eines Patentes durch unseren Mitarbeiter für
850 000 M.
F. Erdmann & Co., Berlin, Königgrätzer Str. 71.

Fabelhaft billig!

Damen-Halbschuhe
Spangenschuhe, schöne Form, Lederfutter .. M. 119.00
Knöchel-Spangenschuhe, fesche Ausführg., Rahmenarbeit .... M. 158.50

Damen-Halbschuhe
farbig, Rahmenarbeit, Spangen- und Schnürschuhe .... M. 190.00
weiß Leinen, Spange, Ledersohle, hoher Absatz sehr preiswert .... M. 59.50

Herren-Stiefel
farbig, rot und braun Boxcalf - Rahmenarbeit, Halbschuhe ...... M. 290.00
Herrenstiefel, Rahmenarbeit, farbig .... M. 325.00

Kinder-Stiefel weiß Leinen 27—30 . M. 88.00 Leder-Schnürstiefel 27—30 .... M. 67.50

Gegründet 1884
Brunnenstraße 179
Kein Laden
Verkauf im Hof

Das Schuhhaus
A. Klein

Tauentzienstraße 18
Kein Laden
Verkauf im Hof

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus.
Licht. Versiegelt. Kostümball.
Anfang 7 Uhr.

Schauspielhaus.
Der Kronprinz.
Anfang 6½ Uhr.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: **Candida.**
Freit. 7: D. lebende Leichnam.
Kammerspiele.
7½ U.: **Frühlings Erwachen**
Freitag 7½: Stella.
Gr. Schauspielhaus
Karlstraße.
7½: Orestie (35. Abt., 3. Abd.)
Frtg. 7½: Orestie (36. Abt., 3. A.)

Theater i. d.
Königgrätzer Straße
½8: Die große Katharina.
Mit dem Feuer spielen.

Komödienhaus
½8 U.: Der Herr Minister.
Sonnabend, zum 1. Male:
Die Reise in die Mädchenzeit.
Lustspiel von Alex. Engel und H. Sassmann.
(Erika Glässner, Blandine Ebinger, Johannes Riemann, Julius Brandt, Ernst Pröckl, E. Dernburg, Jenny Marba.)

Berliner Theater
½8 Uhr: Der letzte Walzer
m. **Fritzi Massary.**

Central-Theater
7½ U.: **Fräulein Puck.**
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tosca.**
Die Tribüne
7¾ U.: **Franziska.**
Friedr.-Wilhelmst. Th.
7½ U.: **Der Hutmacher Sr. Durchl.**
Kleines Theater.
7½ Uhr: **Der Snob**
mit Albert Bassermann.
Kl. Schauspielhaus.
7½ Uhr: **Die Pfarrhauskomödie.**
Komische Oper
7.15 Uhr: **Eine Ballnacht.**
Lustspielhaus
Arnold Rieck in
7¾ Uhr **Zwangseinquartierung.**
Metropol-Theater.
7½ U.: **Im weißen Röss'l**
Neues Operettenhaus
7 Uhr: **Prinzessin Friedl.**
Neues Volkstheater
7½ U.: **Hoffnung auf Segen.**
Schauburg
Königgrätzer Str. 121.
7 Uhr: **Reinhold Schünzel** in
Der Vielbeschäftigte
Schiller-Theat. Charl.
7½ U.: **2×2–5.**
Thalia-Theater
7½ Uhr: **Amor auf Reisen**
Th. am Nollendorfplatz
3¾ Uhr: Die Ahnfrau.
7½ U.: **Eine Nacht im Paradies.**
Theater des Westens
7½ Uhr: **Max Pallenberg**
in **Familie Schimek.**
Theater i. d. Alt. Jakobstr.
7½ U.: **Die verschwund. Pauline.**
Wallner-Theater
7.15 U.: **Cavalleria u. Bajazzo**
Walhalla-Theater.
7½ Uhr: **Unsere Magdalenen**

Trianon-Theater.
Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich ½8 Uhr:
Myrrha
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Herrschaftl. Diener ges.

Residenz-Theater.
Stadtbahn Jannowitzbrücke.
Täglich ½8 Uhr:
Die Raschhoffs
Sonntag 4 Uhr, kleine Preise:
Der gute Ruf.

Rose-Theater.
8 Uhr: **Offiziere.**
Gartenb. 7½: Das Lied d. Liebe

Casino-Theater
Lothringerstr. 37. Tägl. ½8 U.:
Onkel Cohn
An all. Feiert.: 2 Vorstellungen
Nachm. 3½ zu kl. Preisen:
Der falsche Cousin.
7½ Uhr: Onkel Cohn.

„Dekofa"
Deutsche Kolonialwaren- u. Feinkost-Ausstellung
vom 17.—27. Mai im
CLOU
Mauerstrasse
Täglich Konzert
Eintritt Mk. 1.50.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 U.: **Käthchen von Heilbronn**

Lessing-Theater.
7½ U.: **Frau Warrens Gewerbe.**
(Bertens, Servaes, Steinrück.)
Freitag 7: Peer Gynt.
Sonnabend bis Montag 7½:
Frau Warrens Gewerbe.

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7½ Uhr: **Menagerie**
(Max Adalbert, Kurt Götz.)

Theater a. Kottbus. Tor
Tel.: Moritzplatz 14814.
Jeden Abend 7½ Uhr:
Elite-Sänger.
Horst, Rusetti, R. Schrader, Riess
Schubert usw.
Blüthgen-Konzert.
Vorvk. 11–1½, 4–6 U.

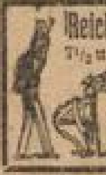
Die Sensation des Ostens
sind die
täglichen großen
Ringkämpfe
in der
Sommerbühne (Dir. P. Seller)
Königsbank
Gr. Frankfurter Str. 117.
Vorher das große
Varieté-Programm.
Anfang wochentags 6½ Uhr, Sonntags 4 Uhr.

Voranzeige.
1. und 2. Pfingstfeiertag:
Gr. Frühkonzert
und **Varieté.**

APOLLO
Theater
Direkt. James Klein.
Mai 1920
Allabendlich 7½ U.:
Gastspiel Blanvalet
Natura-
Ulk-phantastisch.
Ballett
„Der Venusberg"
30 Tänzer Tänzerinnen
4 Franklin
8 gold. Jungfrauen
Bonhair-Truppe
u. weitere Attraktion.
Erhöhte Preise.

Circus Busch
Tägl. 7½, Stg. 3½ u. 7½ U.
Salvarus u. Partner
„Der Weg zur Kraft"
Seattel, der Clou des Programms. — 9 Uhr:
„**Der Wilddieb**".
Schluß der Saison 31. Mai

Folies Caprice
Eck. Friedrich- u. Linienstraße
Täglich 8 Uhr abends:
In der Wasserheilanstalt
Zimmer auf Tage u. Wochen
mit Ferd. Grünecker
in den Hauptrollen.



Reichshall.-Theater
7½ u. an beib. Feiertag. nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachmittags ermäßigte Preise

Varieté-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 53-54

Gastspiel
Petermann
Wardini-Geraldo-Gerda-Trio
und das große
Varieté-Programm
4½ bis 7 Uhr: **Tanz-Tee**

Winter-Garten
Täglich 7.15 Uhr:
Varieté-Spielplan
Rauchen gestattet!

Rennen zu Grunewald
(Berliner Rennverein)
Donnerstag, den 20. Mai, nachm. 3 Uhr
7 Rennen

LUNA-PARK
Terrassen am Halensee
4 Uhr nachmitt. I. und II. Feiertag und täglich
Gastspiel des verstärkten Orchesters des Metropol-Theaters
55 Künstler! • Dirigent: Paul Hühn

Abends auf dem See:
Gross-Feuerwerk!
II. Feiertag morgens 7 Uhr:
Frühkonzert
Nachmittags 6 Uhr auf dem See:
Zum ersten Male in Berlin
Tag-Feuerwerk!

Wein-, Bier-, Mokka-Terrassen, Klubsäle
schattiger Konditoreigarten
ab 4 Uhr: Intimes Konzert von Mitgliedern des Philharmonischen Orchesters. Leitung: Walter Belling
Luna-Palais eleganteste Ballhaus des Westens
Ellen Starrides - Anita Dickstein tanzen jeden Abend!
Ballorchester: Fritz Fuchs.

Fünf-Uhr-Tee **Luna-Bar** Intimes Orchester
Attraktionen Kubistische Schnellbahn • Der eiserne See • Bayerisches Dorf • Fox-Trott-Maschine • Fontaine lumineuse • Hippodrom • Rodel- und Bobsleighbahn • Katakomben • Wild-West-Bahn • Sport-Spiele • Auto-[illegible]

Das Christusproblem gelöst! Soeben erschien: Vor 1900 Jahren! Wer war Jesus Christus?
In einer alten orientalischen Bibliothek ist ein Dokument gefunden worden, das ganz genau mitteilt, wer Jesus Christus war: ein Bundesbruder des Essäerbundes, einer Art Freimaurervereinigung. Es ist der Bericht des Ältesten dieses Bundes in Jerusalem an den Ältesten in Alexandrien. Ein christlicher Priester versuchte bei der Entdeckung das Dokument zu vernichten, da sich die ganzen mystischen Wundergeschichten mit einmal ganz natürlich erklären. Die Vernichtung gelang ihm aber nicht. Dieser historische Bericht ist ins Deutsche übersetzt worden, mit einem Vorwort über Pontius Pilatus neubearbeitet von Ferd. Schmidt. Kein Denkender wird das Werk unbefriedigt aus der Hand legen. Preis M. 5,50 und M. 1,20 Porto. Nachnahme 60 Pf. mehr. Bücherkatalog gratis.
Grosser Bücherkatalog gratis durch: **Albrecht Donath, Verlag, Leipzig 42.**

Schlafzimmer
großer Spiegelschrank, dreiteilige Matratzen, 3500,—, sehr schönes Speisezimmer 8500,—, elegantes Herrenzimmer 6800,—, Kücheneinrichtung 850,—. Riesige Auswahl in schweren Zimmer-Einrichtungen u. Einzelmöbel zu enorm billigen Preisen.
Hans Lennert,
Möbelhaus für Gelegenheitskäufe.
Lothringer Str. 55, Rosenthaler Platz.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend, Piano-Magazin
A. Lehmann & Co.,
Inh.: Gutenberg,
Leipziger Str. 115/116,
Gr. Frankfurter Str. 100.

Gute **Antiquitäten**
An- und Verkauf
ALTKUNST
G. m. b. H.
Wilhelmstr. 40 A.

Juwelen
Perlen
An- und Verkauf
Margraf & Co.
G. m. b. H.
Kanonierstraße 9
Tauentzienstr. 18 A.

Demnächst erscheint:
Wilensky: (Sibirjakow) **Die düstere Zeit der sibirischen Reaktion.**
Preis voraussichtlich Mk. 2,50.
Der Verfasser, Volkskommissar in Sowjetsibirien, behandelt auf Grund des reichen Tatsachenmaterials das Wüten des weißen Generals Koltschak, die Machinationen der Entente und den tschecho-slowakischen Aufstand. 648 D
A. Seehof & Co., Verlag,
BERLIN N 24, Auguststraße 60.

Herren-Stiefel

Braun Boxcalf-Herren-Schnürstiefel
auch Chevreaux, mahagoni, hell- und dunkelbraun, auf Rand gearbeitet. Prima Fabrikat **295.—**

Braun echt Chevr.-Herren-Schnürschuh
auch Boxcalf, mahagoni, hell- und dunkelbraun, neueste amerik. Formen, auf Rand gearbeitet . . **275.—**

Schwarze Herren-Stiefel auf Rand gearbeitet, auch m. Lackkappe, i. verschieden. Formen **168.50**

Herren-Stiefel
kräftiges Leder, guter Strapazier-Schuh, a. R. gearbeitet
158.50

Der Schuhhof
Linkstraße 11 — Inhaber: Theodor David
Wiederverkäufer wollen Extra-Offerte einholen.
Kein Laden. Vier-Etagen-Verkaufshaus.

Städtische Bekleidungsstelle
Neukölln, Bergstraße 29.

Frühjahrs-Preisliste

Herren-Bekleidung.

Modern. **Jackett-Anzüge**, auch mit aufgesetzten Taschen und Gürtel, in festen Stoffen verschiedenster Farbe M. 650,00, 550,00, 450,00,	250,00
Eleganter **Ulster**, Sportform mehrfach gesteppt . . . M.	450,00
Vornehme **Sommerpaletots** in gut. Marengo, sehr solide M.	425,00
Gestreifte **Beinkleider** in aparten, soliden Mustern . . M. 185,00, 165,00, 145,00, 120,00,	85,90
Sommerjoppen . . . . M.	38,50
Knaben- und Burschen-Anzüge in allen Größen, in verschiedenen Formen und Mustern.	
Für Wandervögel: Brotbeutel, Labeflaschen, Kochgeschirre.	

Wäsche.

Weiße **Herrenhemden** . M. Wollene **Herren-Schlupfhemden** . . . . M.	21,00
Herren-Beinkleider in Leinen . . . . M.	19,75
Herren-Beinkleider in Nessel . . . . M.	27,75
Herren-Beinkleider in Damast . . . . M.	29,50
Hosenträger . . . M. 10,25,	8,25
Hosenträger in Gummi . M.	23,50
Herren-Sport- und Schirmmützen M. 17,75, 14,25, 10,25,	8,75
Damen-Unterhemden M. 31,50 und	25,00
Knaben-Hemden, 50 u. 60 cm lang	
Erstlingswäsche	
Umschlagetücher, Ia Qual. extragroß M. 148,00 und	140,00
Trikot-Reform-Hosen, marineblau, in allen Größen für Damen und Mädchen.	

Damen-Bekleidung.

Elegante **Kostüme** in den modernsten Formen, mit langer Jacke, aus festen blauen oder farbigen Stoffen M. 785,00, 625,00, 600,00,	575,00
Moderne **Mäntel** in schwarz, blau u. farbigen, seidenartigen Stoffen, sowie gemusterten Wollstoffen M. 495,00, 405,00,	395,00
Gummimäntel, **besondere Gelegenheit**, vorzügliche Qualität, sehr dauerhaft, in den neuest. Farb. u. Formen nur M.	495,00
Damen-Röcke in nur soliden tragfähig. Stoffarten, neueste Formen, schwarz, blau u. farbig M. 185,00, 140,00, 125,00, 115,00	85,00
Reizende **Blusen** in fest. Waschstoffen, hell oder dunkel, in Batist, Crêpe de Chine usw. M. 140,00 bis 58,00, 47,00, 38,00,	30,80

Schuhwaren.

Herrenstiefel. Größe 40/46. M. 230,00, 225,00, 198,00, 190,00,	170,00
Burschenstiefel. Größe 36/39. M. 152,00, 145,00,	135,00
Damenstiefel. Größe 36/42. M. 300, 185, 175, 165, 110,00.	98,00
Schwarze Halbschuhe. Gr. 36/42 . . M. 220,00, 170,00,	135,00
Farbige Halbschuhe. Größe 36/42 . . . . . . M. 140,00,	180,00
Weiße Halbschuhe. Größe 36/42 M. 125,00, 120,00, 115,00,	66,00
Kinderstiefel. Größe 35/36. M. 92,00, 51,00,	37,75
Turnschuhe für Kinder. Größe 25/37 . . . M. 24,30,	19,85
Turnschuhe f. Erwachsene. Größe 38/45 . . . M. 35,00,	27,05

Strümpfe.

Männersocken in verschied. Farben, Baumwolle gewebt. M. 17,75, 12,00, 10,00, 9,00, 8,50,	7,50
Männersocken, Halbwolle gestrickt . . . M. 22,50, 15,00,	7,00
Damen- u. Kinderstrümpfe in verschiedenen Preislagen.	
Kinder-Sommersweater mit halben Aermeln für 2 bis 12 Jahre . M. 15,00, 14,25, 13,50,	12,00

Verkauf an Jedermann ohne Berechtigungsschein.

Schuhwaren

für Damen u. Herren aus Leder **bedeutend im Preise herabgesetzt**

HERMANN TIETZ

Bekanntmachung.

Für das für den Kreis Sangerhausen einzurichtende Wohlfahrtsamt wird ein mit der Kriegswohlfahrtspflege und der sonstigen Wohlfahrtspflege durchaus vertrauter Leiter gesucht.

Bewerbungen um diese Stelle sind **unverzüglich** an uns einzureichen.

Den Bewerbungsgesuchen sind ein selbstgeschriebener Lebenslauf und Führungszeugnisse beizufügen.

Mit der Stelle ist ein Gehalt in der Höhe verbunden, wie solches der leitende Beamte des Kreisausschusses bezieht.

Die Anstellung erfolgt gegen dreimonatliche Kündigung ohne Beamteneigenschaft.

Sangerhausen, 14. Mai 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Sangerhausen.
J. V.:
Schröder. 650D

Platin

Quecksilber
höchsten Tagespreis
Platin über Tagespreis
Alte Zahngebisse
Brennspitzen bis 300 M.
Trapp,
Kommandantenstr. 29 I
! nur links !
Moritzplatz 3722.

Isolierten Kupferdraht, Litzen und Wachsdraht,
kauft höchstzahlend
Ingenieurbureau Schlichting
Berlin W 9, Linkstraße 10.
Tel.: Lützow 3705 und 8818.

→ **Sofort**
kaufen heißt **sparen**
Fahrräder
nur erste Marken
Große Auswahl, solide Preise
Sämtl. Ersatzteile u. Zubehörteile
W. Schulz, Schöneberg.
Meraner Str. 11
am Bayerischen Platz.

Ich schwöre auf
Blendol
das beste flüssige Metallputzmittel
in Glasflaschen und in Blechflaschen aller Grössen überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Kupfer
Messing
Rotguß
Zinn
Quecksilber
Sämtl. Metalle
Platin
Gold-Silber-abfälle
Zahngebisse
kauft zu riesig
hohen Preisen
in unseren
6 Einkaufsstellen
Metall-Zentrale
1. **Brunnenstr. 11** am Rosenthaler Platz
2. **Fennstraße 48** am Weddingplatz
3. **Beusselstr. 29** nahe Turmstraße
4. **Neukölln** Kais.-Friedr.-Str. **229** nahe Hermannplatz
5. **Weidenweg 72** am Baltenplatz

Staunen-erregend
wirkt **Apotheker Dr. Uecker's Heilsalbe** geg. Hautausschlag, Flechten, Geschwüre, Beinschäden, Krampfad. (besond. bei Frauen), off. Füße, Wunden, wunde rissige Haut, Frostschäden, Verbrennungen usw. — **Die Salbe wirkt hautbildend, schmerz- u. juckreizstillend.** Originalpackg. à M. 6.— u. M. 9.—. Nur allein echt durch **die Apotheke zum Goldenen Adler, Berlin 63**, Alexandrinenstr. 41. Gegr. im Jahre 1556. Zweitält. Apoth. Berlins.

Bekanntmachung.
Das **Pferdepensionat** der Stadt Berlin ist eröffnet. 38,9*
Aufnahmebedingungen sind bei der Gutsverwaltung erhältlich und werden auf Wunsch vorher eingesandt.
Die Gutsverwaltung
Falkenberg/Bln. O.
Fernsprecher: Magistrat 121.

Soeben erschien die neuste Schrift von
N. Lenin: „Die große Initiative"
Das Arbeiten im revolutionären Sinn.
Die kommunistischen Samstage.
Preis Mk. 1,—
In Kürze erscheint:
Die proletarische Ethik.
Das erste philosophische Werk Sowjet-Rußlands.
Aus dem Inhalt:
Ueber Prinzipien der Ethik. Formale Analyse: Statische Auffassung des ethischen Elements. Reale Analyse: Dynamische Auffassung der Ethik. Vergleichende Charakteristik der bourgeoisen und aktiv-ethischen Persönlichkeit.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie die Buchhandlungen der K. P. D., Neukölln, Warthestraße 69; Berlin, Annenstr. 1, und A. Seehof & Co., Berlin N 24, Auguststr. 69. 645D
Internationaler Verlag, Zürich
Auslieferung in Deutschland für Buchhandlungen und Organisationen:
A. Seehof & Co., Verlag,
BERLIN N 24, Auguststraße 60.

Kapitalanlage
Witwenrente — Altersversorgung
Gothaer Lebensversicherungsbank
auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.
Bisher abgeschlossene Versicherungen:
2 Milliarden 600 Millionen Mark.
Alle Überschüsse gehören den Versicherten
Invaliditätsversicherung

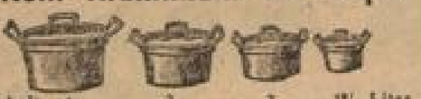
Trauringe
Dukatengold 900 gest., 14 kar. Gold 585 gest., 8 kar. Gold 333 gest. von 60 M. pr. Stck. stets vorrätig am Lager.
Ankauf
alles Gold, Silber, Platin und Brillanten.
Minoga, Berlin O 17,
Grüner Weg 69.
Telephon: Alexander 2430.

Ausschneiden! Aufbewahren!
Es werde Licht!
Mutterschutz Sicher, bequem, ärztl. glänzend begutachtet. Seit Jahren bewährt
24 Tabletten 11 M., 36 = 15 M.
„Patentex" Komplett . . 20 Mk. Ersatztube . 18 Mk.
Ueber die Notwendigkeit anti-konzeptioneller Mittel zur Hebung der Volkskraft. Von Dr. med. Müller . . . . 1,— M. Marken
Arbeiter, Angestellte, Reisende, Händler, Hausierer, Frauen mit groß. Bekanntenkreis, Vertrauensleute, Arbeiter-Betriebsräte usw. ☞ hoher Verdienst.
Billigste Bezugsquelle für Konsumvereine, Sozialdemokr. Vereine, Gewerkschaften usw.
Otto Grothe, Neukölln 43 Vw Leykestr. 18
Ecke Hermannstr., Straßenb. C, 19, 21, 28, 29, 53, 55, 58, 94.
Sanitätshaus für intime Körperpflege.
Engros, Export, Versand. Postscheckkonto Berlin 47 958.
☞ Bitte lesen, aufbewahren, bestellen. ☜

Zähne 4 Mark! 7 Mark! mit echtem **Friedens-Kautschuk**
schöne, natürliche Farbe, bei **5 jähr. schriftlicher Garantie.**
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!
Spezialität: Zähne ohne Gaumen. Kronen von 30 M. an.
Keine Luxuspreise. Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.
Zahnpraxis Hatvani, Danziger Straße 1
Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 2—7. Sonntags u. Feiertags 9—12.
In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Alte Gebisse
heute M. 9.— p. Zahn
(bei Echtheit)
Knopfstiftzähne M. 5.—
Platin-Gold-Bruch,
hohe Pr. Zahntechn. Laborator. 1/26*
Rosenzweig,
Oranienburger Straße 38,
zwischen Artillerie- und Friedrichstraße.

Direkt ab meiner Fabrik liefere ich freibleibend diese
4 Rein-Aluminium-Kochtöpfe



Inhalt 4 3 2 1½ Liter
mit Deckel (eigenes Fabrikat) zu Mk. 160,— gegen Nachnahme franko. Bedingung ist, bei Bestellung dieses Inserat mit einzusenden. 633D
Metallindustrie H. Seuthe,
Eisethal bei Plettenberg.

Kupfer . . 9,00
Messing bis **5,00**
zahle bis 20. Mai, 11 Uhr
Waßmannstraße 22, Laden.

Telephon: Moritzplatz 12836
Platin-,
Gold- und Silberabfälle, Familienschmuck, Sport- und Rennpreise, Quecksilber sowie alle anderen Metalle kauft zu bekannt höchsten Preisen zum Einschmelzen
Gegr. 1903
Metallkontor W. John,
SW 68, Alte Jakobstr. 138. Geschäftszeit 9-4 U.
Telephon: Moritzplatz 12836

Ankauf
Brillanten
Juwelen :: Platin :: Gold-Bruch
L. Mull, Leipziger Str. 60/1

Warnung!
Platin, Gold- und Silberbruch sowie Zahngebisse, Uhren usw.
verkaufen Sie **nicht**, bevor Sie den richtigen Preis bei
H. Wiese, Artilleriestraße 30
erfahren haben, denn der Weg ist sehr lohnend.
Wegen dringenden Bedarfs zahle für Platin bis 10 Mark über den höchsten Tagespreis.

Flugschriften der Frankfurter Zeitung
Soeben erschien:
Demokratie und Bolschewismus
Betrachtungen über staatspolitische Grundfragen
Von **Walter Kamper.**
Preis M. 1,50 nebst 20 Pf. Porto.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder direkt von der 50/9
Frankfurter Societäts-Druckerei
(G. m. b. H.), Verlagsabteilung, Frankfurt a. M.

Stellenangebote

In der **Stadt Magdeburg** werden in nächster Zeit
zwei Stadtratsstellen
und eine
Stadtbauratsstelle
frei. — Die Gehaltsverhältnisse sind in einer Neuregelung begriffen in Anlehnung an die staatliche Besoldungsordnung; zurzeit beträgt das Höchstgehalt 18000 M. und Teuerungszulagen.
Eine Festsetzung, ob und wie viele der anderweitig verbrachten Dienstjahre auf das Besoldungs- und Ruhegehalts-Dienstalter angerechnet werden sollen, bleibt besonderer Vereinbarung vorbehalten.
Bewerber, welche die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst besitzen, Volkswirte, Kaufleute oder Techniker wollen ihre Meldungen unter Beifügung von Zeugnissen bis zum **5. Juni 1920** an den Unterzeichneten einreichen.
Magdeburg, den 14. Mai 1920.
Der Vorsitzende der Stadtverordneten-Versammlung.
Paul Hoffmann, Rogätzer Str. 31. 81/3*

Nutzeisen
Ankauf Verkauf
Stabeisen, Bleche, I-Träger, U-Eisen, Rohre, Ketten, Lagerböcke, Riemenscheiben, Fußstanzen etc. in verschiedenen Dimensionen
haben ab Lager abzugeben
Cohn & Borchardt, Bln.-Lichtenberg
Rittergutstr. 47/48. Tel.: Lichtenberg 646/647.
Nutzeisenabteilung: 838b*
Maybach-Ufer 18/19, Nähe der Kottbuser Brücke.

Sanatorium Feldberg i. Mecklb.
Nerven, Innere, Stoffwechselkranke, Erholungsbedürftige
Prospekte. 29/6* S.-Rat Dr. Krusch.

Neu erschienen:
Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale an die deutschen Arbeiter.
(Die Antwort der 3. Internationale anläßlich des Beschlusses des Leipziger Kongresses der U. S. P. zur Frage der Internationale.)
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, sowie die Buchhandlungen der K. P. D., Neukölln, Warthestr. 69; Berlin, Annenstraße 1 und A. Seehof & Co., Berlin N 24, Auguststr. 60.
Herausgegeben vom W. E. S.
Auslieferung in Deutschland für Buchhandlungen und Organisationen: 647D
A. Seehof & Co., Verlag,
BERLIN N. 24, Auguststraße 60.

AEG Lokomotivfabrik Hennigsdorf bei Berlin
sucht zum sofortigen Eintritt 619D
tücht. Bohrwerksdreher, Langfräser, Shapinghobler u. Stoßer f. Stoßwerke.
Persönliche Vorstellung in unserer Arbeiterannahme, Tor I.

Wickler.
Für unsere Reparaturwerkstatt suchen wir einen 636D*
Elektromotorwickler,
der selbständig Reparaturen an Elektromotoren ausführen kann.
Gebrüder Gram, Bogens.

Tüchtiger, erfahrener, selbständiger 649D
Kesselschmied
für Montage und Werkstatt von industriellem Unternehmen in Provinzstadt (Provinz Sachsen) sofort gesucht; dauernde aussichtsreiche Stellung. Wegen Wohnungsfrage Ledige bevorzugt. Ausführliche Angebote mit Lebenslauf, Zeugnissen, Bild und Lohnansprüchen erbeten unter Z. 53 an die Hauptexped. des „Vorwärts".

Tüchtige, selbständig arbeitende
Ankerwickler
für
Gleich- u. Wechselstrom
für **dauernde Beschäftigung** gesucht. 641D*
Meldungen an **Gewerkschaft Mansfeldsche Zentrale Kupferkammer, Hettstedt** (Südharz).

Rasierklingen-
Vollerecianen werden eingestellt 80/12
Deutsche Panzerklingen-Ges. Friedrichstr. 200.

Nationalversammlung.

Kampf um die Militärgerichte.

Im Brennpunkt der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung stand der Gesetzentwurf auf Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, der bereits in erster Lesung durchberaten worden ist. Mit Recht betonte Genosse Stücklen, daß es nicht nötig sei, viel Worte über die Vorlage zu verlieren, da das Volk längst erkannt habe, daß die Militärgerichtsbarkeit das stärkste Ueberbleibsel aus der Zeit des Militarismus sei und schon längst hätte aufgelöst werden müssen. Mit Recht rief er aus: „Der alte Militarismus ist überwunden, und auch sein letztes Ueberbleibsel muß endlich überwunden werden." Wenn dennoch die Rechte sich bemüßigt fühlte, mit allen Mitteln gegen diesen klaren Volkswillen anzukämpfen und trotz voller Einmütigkeit des Hauses die dritte Lesung des Entwurfs, die nach glatter Annahme der zweiten Lesung nur noch Formsache sein konnte, zu unterbinden, so zeigt sie damit wieder einmal, wie wesensfremd sie dem Volksempfinden und dem Volksinteresse gegenübersteht. Wenn diese Herren in einem zukünftigen Reichstag das Zünglein an der Wage sein sollten, dann ade Freiheit und Gnade Gott Demokratie! Junkertum und Kommißstiefel würden wieder die erste Rolle spielen.

Wie unheilvoll die vormärzliche Institution der Militärgerichte gewirkt hat, das beleuchtete Genosse Stücklen an einigen krassen Beispielen. Tausende von Zuchthausjahren hat sie verhängt, sie hat die Gefängnisse, Zuchthäuser und Irrenhäuser überfüllt, und heute noch hat sie nicht weniger als 80000 Fälle lagern. Fügen wir diesem Bild noch sein Gegenstück aus Frankreich an, das der unabhängige Abg. Seeger in wirksamer Unterstützung der Rede Stücklens beibrachte, wonach eine Nachprüfung ergeben hat, daß 2700 Todesurteile zu Unrecht gefällt worden, so haben wir das echte Konterfei der Militärgerichtsbarkeit, wie sie leibt und lebt. Nein, für solch eine Institution ist wirklich kein Platz in einer Republik, über deren Schicksal der freie Arbeiter ein ernstes Wörtchen mitzureden hat. Sorgen wir dafür, daß bei den Wahlen den Herren ordentlich heimgeleuchtet wird, die Sabotage treiben, wenn man mit derartig verabscheuungswürdigen Mitteln aus der Requisitenkammer des Mittelalters aufräumen will!

Einberufung der Sozialisierungskommission

In den nächsten Tagen erscheint, wie die „P. P. R." erfahren, im „Reichsanzeiger" ein Erlaß des Reichspräsidenten über die Einberufung und die Befugnisse der Sozialisierungskommission. Der Erlaß gibt dem Reichswirtschaftsminister das Recht, die Kommission nach ihren Vorschlägen zu ergänzen. Die Gesamtzahl der Mitglieder soll 80 nicht übersteigen. Der Sozialisierungskommission gehören an:

Professor Ballod, Friedrich Baltrusch, Dr. Adolf Braun, Adolf Cohen, Dr. Rudolf Hilferding, Otto Hue, H. Kaufmann, Karl Kautsky, Dir. Hans Krämer, Dr. Karl Melchior, Dr. Robert Kuczynski, Prof. Dr. Emil Lederer, Prof. Hugo Lindemann, Franz Neustedt, Dr. Walther Rathenau, Karl Friedrich von Siemens, Prof. Dr. Joseph Schumpeter, Paul Umbreit, Generaldirektor Dr. Vogelstein, Prof. Alfred Weber und Rudolf Wissell.

Die Sozialisierungskommission hat das Recht, auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten und Anregungen zu einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, in Sonderheit der Post- und Eisenbahn, zu geben. Sie hat das Recht der Veröffentlichung ihrer Vorschläge, sowie der Begutachtung von gemeinwirtschaftlichen Maßnahmen bei ihrer Vorbereitung. Zur Durchführung ihrer Arbeiten ist die Sozialisierungskommission ermächtigt, von den Bestimmungen über die Auskunftspflicht Gebrauch zu machen. Ihre Mitglieder gelten in diesem Falle als Beauftragte der Reichsregierung. Außerdem ist sie befugt, die zu ihren Arbeiten erforderlichen Auskünfte bei allen zentralen und untergeordneten Behörden, für die das Reichswirtschaftsministerium zuständig ist, einzuziehen.

Die Vorberatungen der Sozialisierungskommission sind soweit gediehen, daß die Vorschläge für die einzelnen Wirtschaftsgebiete von Unterkommissionen ausgearbeitet werden können. Ein Entwurf für die Regelung der Kohlenwirtschaft ist bei der Unterkommission für Kohle und Kali bereits in Vorbereitung. Die Gründung weiterer Unterkommissionen ist beabsichtigt für das Gebiet der Kommunalisierung unter Hinzuziehung der Baustoffindustrie und für die Behandlung von wirtschaftlichen Finanzfragen, wie das Problem des Außenhandels und die Frage der gemeinwirtschaftlichen Kapitalbildung.

Der neue Kurs in der Verwaltung.

Auf Vorschlag des Oberpräsidenten Hörsing ist, wie die „P. P. R." erfahren, der unabhängige Reichstagsabgeordnete Raute zum Landrat in Bitterfeld und der unabhängige Redakteur Kasparek-Halle zum Landrat in Sangerhausen ernannt worden. Die Ernennungen entsprechen den Anträgen der Kreistage.

Der kommissarische Landrat in Mayen, Reg.-Assessor Rogeter, ist zum Landrat bestellt worden. Im allgemeinen Dienstinteresse ist der Regierungspräsident in Erfurt Graf v. Pückler in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Zum Präsidenten des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk ist der Oberbürgermeister Mühlenz aus Hamborn und zum Regierungspräsidenten in Minden der Erste Bürgermeister Dr. Hagemeister aus Suhl ernannt worden.

Zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf ist der Stadtrat Grützner bestellt worden. Wie die „P. P. R." dazu an zuständiger Stelle erfahren, war Grützner, der zuerst ein technisches und dann ein juristisches Studium absolviert hat, in Dresden Rechtsreferendar und Ratsassessor und später Stadtamtmann. Später stand er in Diensten der Kriegsernährung bei der Reichsfleischstelle in Berlin.

Stinnes kauft weiter.

Stinnes begnügt sich mit der deutschen Presse nicht. Auch Oesterreich möchte er in seinen Sack stecken. Wie in Wiener Zeitungskreisen verlautet, beabsichtigt der Stinneskonzern eines der größten österreichischen Zeitungsunternehmen, nämlich den Verlag Steyrermühl, aufzukaufen. Diesem Verlag gehört u. a. auch das „Neue Wiener Tagblatt" an. Wie sich das Unternehmen zu dem Bestreben des Stinnes-Konzern stellt, ist vorläufig noch unbekannt. Stinnes scheint ein deutscher Northcliffe werden zu wollen.

Der Wahlkampf.

Das unmögliche Kriegsziel.

Als unter Ludendorffs Direktion die Alldeutschen immer noch von Eroberungen und Beute schwärmten und den Vernichtungsfrieden für unsere Gegner verlangten, wußten die leitenden militärischen Stellen bereits ganz genau, daß der Krieg nicht mehr siegreich zu beenden war, sondern im besten Falle nur noch ein Vergleichsfrieden in Frage kam. Der von Hindenburg und Ludendorff abgesägte frühere Chef der Heeresleitung, General Falkenhayn, schreibt in seinem Erinnerungsbuch „Die Oberste Heeresleitung 1914 bis 1916" auf Seite 241 folgendes:

> Die allgemeine Kriegslage war in dem Zeitpunkt in der Uebernahme der Geschäfte durch den Generalfeldmarschall von Hindenburg ernst. Sie ist mit Schwankungen dem Grade nach seit dem 14. September 1914 nie anders gewesen, bis zum bitteren Ende so geblieben, und konnte infolge der vielfachen Ueberlegenheit der Feinde an Kräften und Mitteln nicht anders sein, bevor deren Kriegswille gebrochen war. Nichts hat wahrscheinlich mehr zu dem jammervollen Ausgang des Krieges beigetragen als der Umstand, daß diese Tatsache erst zu der Zeit, als nichts mehr zu retten war, der Masse des Volkes enthüllt wurde.

Nun beruft sich Ludendorff in seinen „Kriegserinnerungen" wiederholt darauf, daß er jederzeit für einen ehrenvollen Frieden gewesen sei, aber keinen Weg dazu gesehen habe. Darauf erwidert Professor Hans Delbrück, der bekannte konservative Geschichtsforscher, in einer Studie über Falkenhayn und Ludendorff (Heft 2 der „Preußischen Jahrbücher") folgendes:

> Das ist eine ganze leere Ausrede, die Ludendorff selber widerlegt, indem er seinerseits, als ihm das Feuer auf den Nägeln brannte, Anträge auf einen Ausgleichsfrieden stellte. Als wir noch Aussicht auf einen solchen Frieden hatten, stellte der General den Grundsatz auf, daß es nur Sieg oder Niederlage geben könne. Als nun die Niederlage da war, da forderte er von der Regierung, daß sie einen Ausgleichsfrieden schaffe.

Nun, im Oktober 1918 war es freilich zu spät, weil Deutschland alle Trümpfe ausgespielt hatte. Mit Recht macht Delbrück der Heeresleitung Ludendorff-Hindenburg den bitteren Vorwurf, daß sie trotz Einsicht in die deutsche Lage niemals ihren Einfluß in die Wagschale geworfen habe, um Mäßigung in den Kriegszielen herbeizuführen:

> Denn es geht nicht an, daß die Oberste Heeresleitung ihre politische Auffassung bloß da geltend macht, wo die dankbare Rolle des Schneidigen und Fordernden zu spielen ist, wie es in der polnischen Frage geschehen ist, sondern noch viel wichtiger ist die Geltendmachung da, wo eine Entsagung geboten ist. Das ist schwerer und Popularität ist dabei nicht zu gewinnen.

Dieser Vorwurf ist schwer, aber gerechtfertigt. Es verhält sich in der Tat so, daß Hindenburg und Ludendorff niemals gewagt haben, der maßlosen Agitation der Alldeutschen und Vaterlandsparteiler entgegenzutreten, weil es ihnen angenehmer und lieber war, von diesen Kreisen als Halbgötter verhimmelt zu werden. Hätten sie den Mut gehabt, die Wahrheit zu bekennen, so würden diese Kreise sehr bald ebensolche Mängel an ihren Heroen entdeckt haben, wie wir sie schon lange feststellen und festgestellt haben. Delbrück beruft sich auch auf das Zeugnis des Generals v. Deimling, eines gewiß entschlossenen und tatkräftigen Soldaten, wonach einzig die Truppenführer die heillose Verblendung der Obersten Heeresleitung schon lange vor dem Zusammenbruch erkannt und verflucht haben, und kommt zu dem Resultat:

> Wer die Revolution anklagt, muß zuerst die Heeresführung anklagen, die ihr den Boden bereitet hat, weil der Masse zugemutet wurde, für Kriegsziele zu fechten, deren Widersinnigkeit und Unmöglichkeit sie durchschaute.

Der Artikel Delbrücks liefert den haarscharfen Beweis, daß die Ursache des Kriegsverlustes und Zusammenbruchs einzig und allein die von der Obersten Heeresleitung geförderte deutschnationale Eroberungspolitik war!

Siemens und die Streiktage.

Man schreibt uns:

Während des Kapp-Putsches ließ der demokratische Reichstagskandidat Siemens an den schwarzen und gelblichbraunen Wandtafeln des Verwaltungsgebäudes („die Hochburg der Reaktion", sagen die Arbeiter) eine Bekanntmachung anschlagen, wonach den Angestellten geraten wurde, wenn sie nicht dem wirtschaftlichen Ruin entgegengehen wollen, weiterzuarbeiten — — — trotzdem die demokratische Partei, die jetzt Herrn v. Siemens aufgestellt hat, zum verschärften Generalstreik aufgefordert hatte!

Als der Kapp-Putsch vorbei war, da ging eine Verfügung S. A. Nr. 90 von dem stockreaktionären aber sonst so braven Leiter der berühmten Sozialpolitischen Abteilung durch die Werke, die da sagte: „Da die am Generalstreik beteiligten Angestellten und Arbeiter nicht entlassen worden sind, sind die Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung ununterbrochen in voller Höhe zu leisten und bei der nächsten Gehalts- bzw. Lohnzahlung in Abzug zu bringen. Sozialpolitische Abteilung."

Die Streiktage wurden nicht bezahlt. Man zog sogar den Sonntag (21. 3.) ab. Der folgende Montag wurde auch nicht bezahlt, weil nicht gearbeitet werden konnte, da kein Strom vorhanden war. In dem Anstellungsvertrag steht nichts, daß „stromlose" Tage nicht bezahlt werden brauchen. Mit Angestellten kann man es ja machen, die sind ja noch nicht reif, um ernsthaft etwas zu unternehmen, so sagte einmal die Siemens-Direktion.

Ja, ja, der Herr v. Siemens versteht es, seine Angestellten und Arbeiter liebevoll und väterlich zu behandeln. Dafür sollen die Angestellten dankbar ihren Chef wählen. Und die Arbeiter — ja die Arbeiter kriechen sicher nicht auf diesen Leim. Sie wählen sozialdemokratisch — die Angestellten hoffentlich doch auch!

Deutschnationale für Unabhängige!

Kommunisten für Deutschnationale!

Wie die Extreme einander nahekommen, zeigt ein kleiner Zwischenfall, der sich am letzten Sonntag in einer demokratischen Wahlversammlung in Demmin abgespielt hat. Auf die Ausführungen des Abgeordneten Weinhausen erwiderte der deutschnationale Freiherr v. Maltzahn, der frühere Landrat von Rügen, der nach dem Kapp-Putsch seinen Platz geräumt hat, und forderte dabei die Wähler auf, den Mittelparteien keine Stimme zu geben. „Wer nicht deutschnational wählen will, der wähle unabhängig!" Herr Weinhausen bemerkte darauf, daß er vor zwei Stunden von einem kommunistischen Redner die genau entsprechende Aufforderung gehört habe: entweder kommunistisch oder deutschnational!

Darin sind also die beiden Gegenpole einig: Nieder mit den Mittelparteien! Nachher können sich die beiden Löwen gegenseitig auffressen. Wer von ihnen oben bleibt, wird sich dann zeigen. Das deutsche Volk aber wird unten im Ahmann bleiben.

Westarp und Wulle, die großen Leuchten der Deutschnationalen Volkspartei, haben plötzlich ihr warmes Herz für den deutschen Arbeiter entdeckt. Sie haben alle Hochachtung vor der Arbeiterschaft, „trotz des sie begleitenden Janhagels"; es ist ihnen unverständlich, „wie es ihren Führern gelungen ist, die Arbeiter in einen Kampf gegen das Unternehmertum hineinzuhetzen", und sie möchten sie am liebsten „als geschätzte Gleichberechtigte" in ihrer Fraktion aufnehmen. Hoffen wir, daß der deutsche Arbeiter gerührt diesem Ruf Folge leistet. . . .

Ablehnung der Valutagewinnabgabe.

Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, eine der bedeutendsten Unternehmerorganisationen, hat in einer öffentlichen Versammlung im Herrenhause mit folgender Entschließung die sogenannte soziale Ausfuhrabgabe abgelehnt:

> Die Versammlung beauftragt die Vertreter des Maschinenbaues in der Zentralarbeitsgemeinschaft, in dieser dafür einzutreten, daß bei der Erhebung der Ausfuhrabgabe den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen wird und daß für den Maschinenbau in Anbetracht seiner schwierigen Lage die Abgabe schnellstens vollständig in Wegfall kommt.

Generaldirektor Becker von Humboldt in Kalk hielt das Referat und begründete die Ablehnung, wie eben Interessenten Ablehnungen begründen, wenn sie der Allgemeinheit Anteil an Gewinnen sichern sollen, indem sie erklären, daß die Industrie zugrunde gehen werde, wenn die Regierung auf dem 5prozent. Ausfuhrzoll bestehe. Die Ablehnung ist unbegründet, wenn man beachtet, daß die Verkäufe ab Werk erfolgen, die Abgabe also vom Ausländer bezahlt wird, andererseits die Fabrikanten jede Belastung auf die Inlandpreise sowieso abwälzen.

Seit einem Jahr hat die Industrie mit dieser Abgabe tagtäglich rechnen können; sie ist leider viel zu spät gekommen, und ungeheure Handelsgewinne sind bei der Ausfuhr erzielt worden. Bedauerlich ist allerdings, daß die Rohstoffe und Halbfabrikate, die der Maschinenbau benötigt, niedriger verzollt werden sollen als die hochwertigen Fabrikate, weil wir an dem Export von unbearbeitetem und unverarbeitetem Eisen und Stahl kein Interesse, sondern danach zu trachten haben, daß sie möglichst nur als hochwertige Fabrikate zur Ausfuhr gelangen. Wir halten die Ausfuhrabgabe, wie wir bereits früher bemerkt haben, für wünschenswert, um die Industrie zu veranlassen, ihre Exportorganisationen zu verbessern, die infolge des Wirtschaftsegoismus der Unternehmer überhaupt fehler- oder mangelhaft ausgebildet sind. Die Konkurrenz der deutschen Unternehmer auf dem Weltmarkt, das gegenseitige Abjagen von Aufträgen sollte längst der Vergangenheit angehören. Nach dieser Richtung kann eine Ausfuhrabgabe nur günstig wirken.

Zwischen dem Gewerkschaftssekretär Knoll als Arbeitervertreter und Generaldirektor Becker ergab sich eine Auseinandersetzung, die für die Arbeitervertreter recht peinlich war, insofern als die Ueberhebung des industriellen Wirtschaftsführers dem Arbeitervertreter gegenüber grell zutage trat. Knoll führte aus, daß es einen äußerst schlechten Eindruck machen werde, wenn die Unternehmer eine von ihnen selbst in der Arbeitsgemeinschaft angebotene soziale Ausfuhrabgabe, jetzt, wo sie anfangen sollen, die ersten Pfennige zu bezahlen, ablehnen. Charakteristisch war die Entgegnung Beckers, der sagte, daß man dieses Angebot damals gemacht habe, um sich vor größeren Abgaben auf diese Weise zu schützen. Im übrigen sprach er Knoll die genügende Sachkenntnis in wirtschaftlichen Fragen ab. Ob diese Brüskierung eines alten Gewerkschaftsbeamten, der sachlich seine Ausführungen gemacht hat, richtig war, mag sich der Herr Generaldirektor noch einmal überlegen, der Institution der Arbeitsgemeinschaft hat er damit jedenfalls nicht gedient.

Ein Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine (der Metallarbeiterverband hat ja die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft abgelehnt) warnte die Maschinenfabrikanten gleichfalls dringend vor einer Ablehnung der endlich erschienenen Abgabe von den Valutagewinnen.

Die deutsche Arbeiterschaft ist aufgeklärt genug, um die Bedeutung des deutschen Maschinenbaus, der mehr als eine Million Arbeiter beschäftigt, richtig einzuschätzen. In je größerem Maße hochwertige Erzeugnisse ausgeführt werden können, in desto größerem Umfang finden Facharbeiter und Techniker ihr Brot. Die Förderung dieser Industrie liegt also im eigensten Interesse der Arbeiterschaft. Leider fehlt der Arbeiterschaft aber der Einfluß auf die Geschäftsführung und Gewinnverteilung, um die privatwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Interessen in Uebereinstimmung zu bringen. Genügt dem Unternehmer nicht die Höhe des Profits, dann legt er den Betrieb still oder droht damit, wenn er von Konjunkturgewinnen eine soziale Abgabe leisten soll. Wir hoffen, daß die Regierung fest bleibt und sich von der Abgabe nichts abhandeln läßt, die nächstjährigen Dividenden werden ja zeigen, ob es wirklich notwendig war, mit diesem Protest zu erscheinen. Im Kampf gegen die verhängnisvolle Politik der Schwerindustrie in bezug auf die Rohstoffpreise wird es dagegen dem Maschinenbau von seiten seiner Arbeiterschaft an Unterstützung wohl nicht fehlen.

Besprechungen in Permanenz.

San Remo — Hythe — London — Ostende — Salouwagen — Spa.

Paris, 19. Mai. (WTB.) Wie das „Echo de Paris" mitteilt, findet die nächste Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George in London statt, sobald die Finanzsachverständigen ihre Arbeiten so gefördert haben, daß sie zu praktischen Ergebnissen gekommen sind. Vor Eröffnung der Konferenz von Spa werden Millerand und Lloyd George in Ostende erwartet und auf dem Weg zur Konferenzstadt würden die letzten Beratungen zwischen den zwei Ministerpräsidenten stattfinden. Wie das „Petit Journal" meldet, wird im Laufe dieser Woche eine neue Anleihe, höchstwahrscheinlich wieder eine Prämienanleihe aufgelegt werden.

Nitti nimmt an.

Eine Mehrheit gesichert.

Rom, 19. Mai. (Ag. Stefani.) Nitti hat den Auftrag zur Bildung des Kabinetts angenommen. Er hatte heute vormittag eine Besprechung mit dem König und hat sich bereits die Teilnahme der katholischen Volkspartei, der Radikalen und der Demokraten gesichert. Man erwartet, daß die Zusammensetzung des neuen Ministeriums morgen amtlich bekanntgegeben wird.

Gewerkschaftsbewegung

Das städtische Tarifamt.

Zu den Notwendigkeiten auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Einheit der neuen Stadtgemeinde Berlin gehört die Schaffung eines städtischen Tarifamtes.

Der ganze zu einem Tarifamt gehörende Aufgabenkreis ist bisher teilweise nicht klar abgegrenzt und in seinen Unterlagen recht unvollkommen vom Generalbureau und den angeschlossenen Abteilungen ohne jeden inneren Zusammenhang erledigt worden. Welche Nachteile daraus für die Behörde einerseits und die Arbeitnehmer andererseits sich ergeben, dürfte klar sein. Der vor sich gehende Erneuerungsprozeß müßte hier aber dem augenblicklichen Stande der Entwicklung endlich Rechnung tragen und für die etwa 50 000 Arbeitnehmer ein eigenes Tarifamt schaffen. Eine Stelle, von der aus zentral die Lohnbewegungen sämtlicher Arbeitnehmer der Großstadt zu führen sind, in der die zahlreichen Aenderungen und Verbesserungen des Arbeitnehmerrechts gewertet werden und von der aus eine zielbewußte Durchführung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erfolgt. Viele städtischen Gemeindeverbände im Reiche besitzen eine derartige Einrichtung schon und die Kommunen, die noch kein Tarifamt besitzen, werden durch die Verhältnisse zur Errichtungen eines solchen gezwungen werden.

Betrachten wir doch einmal unter den obwaltenden Verhältnissen die Tarifpolitik der Gemeinden Groß-Berlins.

In den einheitlich zu führenden Lohnbewegungen besaßen die Dutzende der Gemeinden Groß-Berlins ebensoviele verschiedene Ansichten. Die Gehaltsverhältnisse waren verschieden, die Anstellungsfragen recht unklar, die Ergebnisse der Verhandlungen unterschiedlich. So und so viele Schlichtungsinstanzen fällten ganz verschiedene Sprüche. Sogar im eigenen Hause Berlin war man sich oft unklar, welche Schlichtungsinstanz denn in diesen und jenen Fragen eigentlich als rechtsverbindlich angesehen werden könne. Ich will nicht untersuchen, welchen Lauf hier der treibende Keil in die Finanzen der Gemeinden nehmen mußte. Die verschiedenartig geführte Tarifpolitik wurde, ich erinnere an die zum Teil von mir selbst geführte Bewegung vom Oktober v. J., zu einer gewissen Gefahr der von uns allen aus den verschiedensten Gründen angestrebten, vom sozialistischen Standpunkt aus aber besonders interessierten Eingemeindungsfrage. Die Gemeinden waren und sind nicht schriftlich oder sonst vertraglich an die Stellungnahme Berlins und seine daraus resultierenden Handlungen gebunden, sondern es besteht nur die mündliche Vereinbarung, sich in allem nach dem „großen Bruder Berlin" zu richten. Es fehlte an einer Ausgestaltung und Durchführung der auf zentraler Basis bestehenden, von einer bestimmten Stelle aus zielbewußt geleiteten Tarifpolitik. Genau so, wenn nicht schlechter, war es mit den Fragen der Beamten und Arbeiter. Aber nicht diese Fragen allein wurden auf schwankendem Grunde gelöst, sogar die Durchführung der sozialpolitischen Verordnungen litt und für die Erledigung der Arbeitnehmerfrage bestand überhaupt keine Stelle. Wie viel besser könnten aber all diese Fragen gelöst werden, wenn die Voraussetzung dazu durch ein Tarifamt gegeben wäre.

Bei der Größe Berlins war die Errichtung eines solchen Amts längst notwendig. Dadurch können auch evtl. eintretende Schwierigkeiten, die durch die für Berlin vorgesehene Zentralisation mit der weitgehendsten Dezentralisation der Bezirksmagistrate entstehen, von vornherein behoben werden. Die gesunde Stellungnahme der sozialpolitischen Entwicklung bleibt nicht nur in ihrer Wirkung auf den lokalen Kreis der eigenen Arbeitnehmerinteressen beschränkt, sondern die allmählich stärker werdenden fachlichen Bestrebungen der Berufsvereinigungen werden bis über die entsprechend eingeschalteten Kontakte der Stadtgemeinde eine Rückwirkung auch jenseits der Linie einer öffentlich rechtlichen Körperschaft ausüben.

In seinen Grundzügen werden dem Tarifamt alle das Tarifwesen betreffende Aufgaben zu übertragen sein. Das Tätigkeitsfeld erstreckt sich auf Statistik, Informationen und Verhandlungen.

Als Aufgabe für die Abteilung Lohnbewegung käme die Sammlung von Tarifverträgen, ihre allgemeine und besondere Auswertung in Frage. Die Beobachtung der Ausstände und Aussperrungen, Kosten, Ausgang durch Vergleichsverhandlungen beendigte Bewegungen usw. Die Sozialabteilung hätte die Bearbeitung aller Angelegenheiten, die den sozialen Teil eines Tarifes betreffen, zu leisten. Es müßten darin alle Aenderungen, Verbesserungen des Anstellungsverhältnisses und Arbeitsverhältnisses, ferner Arbeiterschutz- und Betriebsratsangelegenheiten erledigt werden. Für die Organisationsabteilung käme die Beobachtung der Entwicklung der wirtschaftlichen Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Frage. Die Bestrebungen der Beamten-, Arbeiter- und Angestelltenverbände, ferner auch der Aus- und Aufbau des Arbeitgeberverbandes. Die Auskunftsabteilung ist eine bereits an vielen Orten bestehende Einrichtung, nur daß der Ausbau nach neueren Gesichtspunkten und dem gegenwärtig vorliegenden Bedürfnis entsprechend gestaltet werden müßte. Unerläßlich wäre für das Tarifamt die Einrichtung einer sozialpolitischen Bibliothek und eines Archivs.

Als ein zweckmäßiges und Erfolg bringendes Mittel, unliebsamen Weiterungen vorzubeugen, betrachte ich den Tarifausschuß; eine paritätisch zusammengesetzte Instanz von Arbeitern, Angestellten und Beamten einerseits, Stadtverordneten, Magistratsmitgliedern andererseits. Den Organisationen muß es vorbehalten bleiben, zu diesem Tarifausschuß einen geeigneten Vertreter zu entsenden. Dieser Tarifausschuß müßte durch regelmäßige Sitzungen in sämtlichen Fragen des Tarifwesens eine Klärung herbeizuführen.

Die vorstehenden Ausführungen verfolgen lediglich den Zweck, im Interesse der Vermeidung bisher eingetretener Komplikationen die städtischen Körperschaften auf die Notwendigkeit der Schaffung eines städtischen Tarifamtes hinzuweisen. Die Durchführung ist ein Gebot der Stunde und ehe die Eingemeindung vollzogen ist, müssen auch die ersten Arbeiten hierzu erledigt sein.

Fritz Kuhligk.

Generalversammlung der Schuhmacher.

In der Fortsetzung der Generalversammlung der Schuhmacher, die am Dienstag abend in den Zentralfestsälen stattfand, wurden zunächst als Beisitzer in die Bezirksleitung Matting, Sundmäcker, Siedler und Häußler gewählt. Nach einer ausgiebigen Debatte über den Nürnberger Verbandstag wurde gemäß einem Antrage der Ortsverwaltung beschlossen, die Beiträge in den vier Klassen (einschließlich des Lokalzuschlags) ab 1. Juli auf 4 M., 3,25, 2,25 und 1,10 festzusetzen.

Zugestimmt wurde einem Antrage, die Angestellten nach der höchsten Lohnklasse zu bezahlen, was dem Durchschnittseinkommen der Kollegen entspricht. Eine lebhafte Debatte entfesselte der Antrag,

den Boykott des „Vorwärts" aufzuheben.

Dafür sprachen die Kollegen Weiß, Vollmershaus, Mattern und Sundmäcker, während Matting und Schmidt nach berühmtem Muster mit lendenlahmen Argumenten operierten. In der Abstimmung wurde der Antrag mit geringer Mehrheit abgelehnt. Die Opposition kann nach der Niederlage auf dem Verbandstag doch jetzt wieder einen Sieg — wenn auch zum Schaden der Organisation — verbuchen.

Vollmershaus schnitt alsdann die Frage der Erfassung der Betriebsräte durch die Gewerkschaftskommission an und forderte, daß alle Betriebsräte deren Beschlüssen nachzukommen haben.

In einer anschließenden Branchenversammlung der Maßschuhmacher teilte Schüler mit, daß die Arbeitgeber der Forderung — einen sechstägigen bezahlten Urlaub zu bewilligen — stattgegeben haben. Die Zeit des Antrittes der Ferien wurde vom 15. Juli bis 15. August festgesetzt.

Der Generalstreik im Friseurgewerbe dauert weiter.

Der Streik im Friseurgewerbe dauert ungeschwächt an. Am gestrigen Mittwoch nachmittag hat in der Bötzow-Brauerei eine überfüllte Versammlung der streikenden Gehilfen stattgefunden, um den Bericht über die Lage entgegenzunehmen und weitere Maßnahmen zu beschließen. Da die Zahl der Meister, die die neuen Forderungen der Gehilfen bewilligen wollen, sich ständig vermehrt, unterbreitete die Streikleitung der Versammlung den Vorschlag, vom Generalstreik abzulassen, die Betriebe, deren Inhaber die Forderungen anerkennen, freizugeben und nur noch in den übrigen Betrieben zu streiken. Die Versammlung lehnte jedoch einstimmig diesen Vorschlag ab und beschloß auch weiterhin im allgemeinen Ausstande zu verharren, um so den Interessenverband, die Vertretung aller Arbeitgeberorganisationen des Friseurgewerbes, zu Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifes zu veranlassen. Wie die Streikleitung noch mitteilt, sind wiederum neue große Rasier- und Frisierstuben eingerichtet worden, so im Kaffee „Eins A" am Potsdamer Platz, wo 70 Gehilfen beschäftigt werden. Eine große süddeutsche Haarfabrik hat der Streikleitung große Aufträge erteilt. Die Streikleitung hat infolgedessen in der Bernburger Straße einen umfangreichen Betrieb eingerichtet, in dem Haararbeiten angefertigt werden und der am heutigen Donnerstag mit einem Personal von 100 Mann eröffnet wird.

Gesamtbetriebsrat beim Magistrat.

Am Mittwoch beschloß eine Vollversammlung der in den städtischen Betrieben und Verwaltungen Berlins gewählten Betriebsräte die Bildung eines Gesamtbetriebsrats der städtischen Betriebe auf Grund von § 58 des Betriebsrätegesetzes. Die Vorarbeiten zur Wahl des Gesamtbetriebsrats wurden der Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte der städtischen Betriebe übertragen.

Wie der Referent Dittmer betonte, soll der zu bildende Gesamtbetriebsrat nicht nur die ihm nach dem Gesetz zustehenden Befugnisse ausüben, sondern auch eine Kampfesorganisation in dem Sinne sein, daß er für Erweiterung der Rechte der Betriebsräte wirkt.

Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte der städtischen Betriebe und der zentrale Ausschuß der städtischen Hilfskräfte lösen sich nach der Bildung des Gesamtbetriebsrats auf. — Die gegenwärtig zwischen der Betriebsrätezentrale und der Gewerkschaften schwebenden Streitigkeiten werden durch den Beschluß, einen Gesamtbetriebsrat der städtischen Betriebe zu wählen, nicht berührt.

Deutscher Metallarbeiterverband. Sonntag, den 23. Mai, vormittags 9 Uhr (1. Pfingstfeiertag) Versammlung sämtlicher in der Metallindustrie beschäftigten Außenmonteure im „Kösliner Hof", Kösliner Str. 8. Tagesordnung: Bericht der Verhandlungskommission.

Kaufmännische Angestellte der Dampf-Wäschereien. Besprechung über Aufstellung eines Tarifvertrages am Freitag, den 21. d. Mts., abends 7 Uhr, im Verbandsbureau, Belle-Alliance-Str. 7/10.

Zentralverband der Angestellten. Veranstaltungen am 21. Mai: Fachgruppe 2. Nachmittags 3½ Uhr, Residenz-Festsäle, Landsberger Straße: Mitglieder-Vollversammlung aller nicht ständig Angestellten bei den Magistraten Groß-Berlins. — Fachgruppe 2 a. Mitglieder-Versammlung: nachmittags 3½ Uhr, Residenz-Festsäle, Landsberger Str. 31. — Fachgruppe 5 (Rechts- und Patentanwaltsangestellte, Angestellte in Auskunfteien und Detektivinstituten und bei Bücherrevisoren): 7½ Uhr, Dresdener Casino, Dresdener Str. 96: Oeffentliche Massenversammlung. — Fachgruppe 12 (Kohlen). 7½ Uhr, Wilhelmshof, Anhaltstr. 11/12: Mitgliederversammlung (Unsere neuen Forderungen). — Fachgruppe 17 I a (Fischhändler). Sektionsversammlung: 8 Uhr, Verbandslokal, Belle-Alliance-Straße 7/10 (roter Saal). — Funktionärversammlung: 7 Uhr, Prachtsäle Alt-Berlin, Blumenstr. 10.

Verantw. für den redaktion. Teil: Erich Kuttner, Tempelhof; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

JOE LOE
UNSERE PFINGSTGABE!
-BIS PFINGSTEN
20% RABATT AUF ALLE KÄUFE.
MARKE SALAMANDER
GROSSE AUSWAHL BRAUNER MODELLE:
SALAMANDER

Billige Lebensmittel

Frischer Spargel Pfd. 35 Pf 1.60
Stachelbeeren unreif .. Pfund 1.20
Frischer Kopfsalat 2 Kopf 45 Pf.
Blut-Apfelsinen ..... Stück 1.25
Zitronen ..... 3 Stück 95 Pf.
Salzbohnen ..... Pfund 75 Pf.

Weisse Bohnen Pfund 2.95 3.65
Gelbe Erbsen ..... Pfund 3.15
Grüne Erbsen ..... Pfund 3.45
Viktoria-Erbsen ..... Pfund 3.60
Backpulver, Dr. Oetker's Paket 40 Pf.
Hafer-Backmehl markenfrei ... Pfund 4.50

Flundern geräuchert ..... Pfund 4.80
Vollheringe ..... Stück 1.20 1.40
Herings-Rogen ..... Pfund 1.30
Herings-Milch ..... Pfund 1.60
Kabeljau frisch, in ganzen Fischen ..... Pfund 2.90
Schellfisch frisch, in ganzen Fischen ..... Pfund 2.95

Frische Eier . Stück 1.78
Kaffee frisch gebrannt ... ½ Pfund 13.00

Jandorf
Belle Alliance Str. · Gr. Frankfurter Str. · Brunnenstr. · Kottbuser Damm · Wilmersdorfer Str.